Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: R. Schlotte, Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Hansenstein & Vogler, Joh. Nordhaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Köln: C. Schoenwald. — Mainz: D. Franz. — Minden: C. Marowski. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Étrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue de Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 108. [33. Jahrgang.] **Berlin, Dienstag den 6. März 1894, Morgens.** **[33. Jahrgang.] Nr. 108.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Expeditionen** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** sowie die **Post-Expeditionen** für **8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfspaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48, SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitig Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248. **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung;** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.**

Telegraphische Korrespondenz.

(Wolff's Bureau.)

Köln, Montag 5. März. Wie die „Köln. Ztg." aus Trier meldet, ist der Kommandeur der 16. Kavalleriebrigade Oberst v. Voigt auf dem Guerner Exerzierplatz mit dem Pferde gestürzt und hat sich dabei schwere Verletzungen zugezogen.

Wien, Montag 5. März. Da die Besserung in dem Befinden der Erzherzogin Maria Immaculata anhält, ist die Ausgabe von Bulletins eingestellt worden.

Graz, Montag 5. März. Laut eines Erlasses des Kultusministeriums wird die hiesige technische Hochschule mit Beginn des Sommersemesters wieder eröffnet werden.

Paris, Montag 5. März. Heute Vormittag wurden hier 9 Anarchisten verhaftet; unter denselben befindet sich François, genannt Francis.

London, Montag 5. März. Das Parlament ist heute mit einer außergewöhnlich kurzen Thronrede geschlossen worden. Die Thronrede hebt die aus der Annahme der Gesetze über die Errichtung von Distrikt- und Kirchspielräthen erwachsenden Vortheile hervor und weist mit Befriedigung auf das neue Gesetz, betreffend die Herabsetzung der Arbeitsstunden der Eisenbahnbediensteten, hin. Die ausnahmsweise Angelegenheiten wurden in der Thronrede nicht berührt.

London, Montag 5. März. Der Premierminister Lord Rosebery konferirte Nachmittags im Auswärtigen Amte mit den Ministern Harcourt, Kimberley, Campbell-Bannermann und J. Morley und begab sich um 3 Uhr anläßlich seiner Ernennung zum Premierminister zum Handkuß nach dem Buckingham-Palast.

London, Montag 5. März. Es steht nunmehr fest, daß Lord Kimberley an Stelle des zum Premierminister ernannten Lord Rosebery das Ministerium des Auswärtigen übernehmen wird.

Windsor, Montag 5. März. Ihre Majestäten die **Königin Victoria** und die **Kaiserin Friedrich,** sowie die **Prinzessin Alix von Hessen haben sich heute Mittag nach London begeben.**

Rom, Montag 5. März. Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani" aus Rio de Janeiro ist der dortige italienische Konsul gestern am gelben Fieber gestorben. Gestern sind dort 200 Personen an der Seuche erkrankt.

Turin, Montag 5. März. Graf Kossuth war in den letzten Tagen von großer Altersschwäche befallen; heute früh begannen die Kräfte sich wieder zu heben, doch ist sein Zustand ziemlich ernst.

(Siehe auch Seite 3.)

Amtliche Nachrichten aus dem Reichs- und Staats-Anzeiger.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

dem Geheimen Kommerzienrath von Wagner zu Aachen den Rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub,

dem emeritirten Volksschullehrer Wanneck zu Rütjenwestedt im Kreise Rendsburg den Adler der Inhaber des königlichen Hausordens von Hohenzollern, sowie

dem pensionirten Fußgendarmen Karl Ecke zu Lichtenberg im Kreise Niederbarnim, dem Weber Wilhelm Mieles zu Luckenwalde im Kreise Jüterbog-Luckenwalde und dem Hofmeister Heinrich Fricke zu Klein-Rottmersleben im Kreise Neuhaldensleben das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

dem Hofmarschall und Kammerherrn Sr. Durchlaucht des Fürsten zu Schaumburg-Lippe, Freiherrn v. Ulmenstein zu Bückeburg den Stern zum königlichen Kronenorden zweiter Klasse, sowie

dem dienstthuenden Kammerherrn Ihrer Hoheit der Fürstin zu Schaumburg-Lippe, Grafen und Edlen Herrn zu Boineburg und Lengsfeld zu Bückeburg den Rothen Adlerorden dritter Klasse zu verleihen.

Königreich Preußen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

auf Grund des § 28 des Landesverwaltungsgesetzes vom 30. Juli 1883 den Regierungsrath Röder zu Düsseldorf zum zweiten Mitgliede der zweiten Abtheilung des Bezirksausschusses zu Düsseldorf auf Lebenszeit und den Amtsrichter Dr. Röchling daselbst zum Stellvertreter des zweiten ernannten Mitgliedes jener Abtheilung auf die Dauer seines Hauptamts am Sitze des Bezirksausschusses,

den bisherigen Polizeiassessor Karl Gaede in Berlin zum Polizeirath zu ernennen,

dem Direktor der Kunst- und Kunstgewerbe-Schule zu Breslau, Professor Hermann Kühn den Rang der Räthe vierter Klasse, und

dem Oekonomiekommissar Dr. Geisler in Breslau den Charakter als Oekonomie-Kommissionsrath zu verleihen; ferner

in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Spremberg getroffenen Wahl den gegenwärtigen Bürgermeister dieser Stadt Felix Wirth, ebenso

in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Siegen getroffenen Wiederwahl den bisherigen Bürgermeister der Stadt Siegen Delius in gleicher Eigenschaft für eine fernere Amtsdauer von zwölf Jahren, sowie

in Folge der von der wahlberechtigten Bürgerschaft zu Neumünster getroffenen Wiederwahl den bisherigen unbesoldeten Beigeordneten dieser Stadt Stadtrath Mestorff in gleicher Eigenschaft für eine fernerweite Amtsdauer von sechs Jahren, und

in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Rheydt getroffenen Wahl den Fabrikbesitzer und Stadtverordneten Max Friederichs daselbst als unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Rheydt für die gesetzliche Amtsdauer von sechs Jahren zu bestätigen.

Der praktische Arzt Dr. med. Paul Lehmann in Bromberg ist zum Kreis-Wundarzt des Kreises Schrimm ernannt worden.

Dieser Tage ist in London ein Anarchist begraben worden, der von seinem eigenen Explosivgeräth, noch ehe dasselbe Anderen Schaden zugefügt, in Stücke gerissen worden war. Allgemeine Theilnahme folgte dem dürftigen Leichenzuge, aber nicht von Leidtragenden, sondern von einer Menge, welche zischte, heulte, in wüthende Verwünschungen ausbrach, ja sogar Miene machte, den zerfetzten Leichnam aus dem Sarg zu reißen, da ein Begräbniß, das noch einem christlichen gleiche, einem Dynamitarden nur von der Schwäche und Thorheit zugestanden werden könne.

Dieses Verhalten des Volkes von London hatte ohne Zweifel etwas Barbarisches an sich. Aber angesichts der Kränze und huldigenden Epitaphien, welche sich in Paris auf dem Grabe des Mörders Vaillant anhäuften, läßt sich doch die Frage nicht abweisen, ob in solcher Barbarei nicht ein für die Erhaltung der bürgerlichen und staatlichen Ordnung, also für eine konservative Politik, sehr schätzbarer Kern stecke.

In welchem Sinne eine Besahung dieser Frage zu verstehen wäre, dürfte sich am deutlichsten erläutern durch eine höchst bezeichnende Bemerkung, welche der Berichterstatter eines kontinentalen Blattes aus dem Munde eines dem Handwerkerstande angehörigen Londoner Anarchisten von deutscher Herkunft hörte. Der Mann äußerte sich dem Journalisten gegenüber mit Lebhaftigkeit über „anarchistische Theorie und Praxis, gestand dann, daß er selbst eine Zeit lang als Gehülfe bei Johann Most's Agitation betheiligt gewesen, schloß aber damit, daß er sagte, obwohl im Herzen immer noch Anarchist, betheiligte er sich in England an keinerlei anarchistischen Unternehmungen, es komme dabei nichts heraus und könne nichts dabei herauskommen, denn — die Engländer haben kein Ideal.

„Die Engländer haben kein Ideal", d. h. aus der francogallisch-revolutionairen Negation in positives Deutsch übersetzt: Die Engländer haben eine tiefgegründete Achtung vor dem historischen Recht, und, was aufs Engste damit zusammenhängt, eine unverlöschbare Achtung vor wohlerworbenen Rechten.

Ursprüngliche Rasse-Anlage und der als Bestandtheil des Volkscharakters zurückgebliebene Niederschlag einer eigenartigen Geschichte haben den Unterschied begründet zwischen gallisch-revolutionairer Auffassung der staatlichen Dinge und jener Politik Alengalands, in welcher der Anarchist die Abweesenheit des „Ideals" so unsympathisch findet. Dem Anarchisten natürlich gilt es als ein Beweis von Ideenlosigkeit, die Herrschaft Britannieens über Haiderabad und Delhi und bis an die Abhänge des Himalaja ausgedehnt zu haben, denn sein Ideal verkörpert sich in dem Schinderkarren, auf welchem die tollgewordenen Spießbürger Robespierre und St. Just die besten ihrer Volksgenossen gekneebt zur Guillotine schleppten.

Auch die vorgeschrittensten der englischen Demokraten von heute sind, soweit sächsisches Blut in ihren Adern fließt, des gewaltigen Unterschiedes sich wohl bewußt, der immer noch vorhanden ist zwischen den radikalsten der englischen Radikalen und den „Söhnen der Revolution" in Frankreich.

John Morley, der bisherige Obersekretair für Irland, hat vor etwa zwanzig Jahren die wesentlichsten Gründe dieses Unterschieds in folgenden Antithesen hervorgehoben: „Wer kann die Folgen bemessen, welche für zwei große Nationen aus der geschichtlichen Thatsache sich ergeben, daß in Frankreich der Absolutismus in Kirche und Staat den Todesstreich erhielt von der nervigen Hand des Genius der nackten Vernunft, während er in England welchen mußte vor dem festeingewurzelten Gefühl einer zweckmäßigen Gesellschaftsgliederung und überlieferter sozialer Machtverhältnisse? daß in Frankreich die Spekulation das ganze Feld der Gesellschaftskritik nach allen Richtungen durchackert hatte, ehe ein einziger Schritt gethan wurde zur praktischen Verwirklichung der gewonnenen Theorieen, während in England, dem jeweiligen Bedürfniß entsprechend, soziale Reformen zur Anwendung kamen, ohne daß Jemand daran dachte, die zu Grunde gelegten Prinzipien spekulativ zu begründen? daß in Frankreich den Grundsätzen des Despotismus die erste machtvolle Gegnerschaft erstand in Voltaire, dem Dichter, dem Philosophen, dem Geschichtsschreiber, dem Kritiker; in England von Seiten einer Gruppe schlichter Landedelleute — a band of homely squires?"

Der in unserem Jahrhundert, insbesondere durch die Ausbildung der Presse, immer reger gewordene Ideenverkehr zwischen den leitenden Kulturvölkern hat es mit sich gebracht, daß in den literarisch gebildeten Kreisen der englischen Gesellschaft der Gegensatz zwischen historischer und abstrakt-vernunftrechtlicher Staats- und Rechtsauffassung sich einigermaßen verschliffen hat. Von John Morley, dessen Denkweise ebenso sehr an Godden als an Voltaire anknüpft, abgesehen, hat der Demokratismus eines Charles Dilke, eines Labouchère (welcher übrigens einer hugenottischen Familie entstammt), einen schon ziemlich starken Beisatz jenes tadnla rasa-Machens, das den französischen Revolutionarismus kennzeichnet.

Während ein Theil der Bourgeoisie solchen Einflüssen unterliegt, dringen in der arbeitenden Klasse doch allmälig die sozialistisch-radikalen Ideen in der Ausprägung, die Karl Marx denselben gegeben, immer weiter. Karl Marx aber zeigte sich schon bei seinem ersten Auftreten von einem wahren Berserker-Ingrimm erfüllt gegen das historische Recht, das er als Verewigung der Knute, als Unverjährbarkeit der Knechtung zu brandmarken suchte.

Daß aber die große Masse der englischen Bevölkerung in den unteren Schichten von einer Begleitung durch abstrakte Gesellschafts-„Ideale" vor der Hand nichts wissen will, das hat sie deutlich genug bekundet durch das Verhalten Anarchisten gegenüber beobachtete Verhalten. Was die gebildete Mittelklasse betrifft, so würde sich, wenn mit einer Umgestaltung des Oberhauses im Sinne der Demokratie Ernst gemacht werden sollte, wohl bald zeigen, daß, wenn Béranger seinem empfindsamen Ein France soyons Français ein qu'un Anglais soit Anglais voraufschickt, die Engländer in diesem Punkte, allerdings aber schwerlich in einem anderen, französischem Rathe folgen würden.

Im weiteren Verlaufe der gestrigen Sitzung des **Reichstages** führte bei Fortsetzung der Berathung des Etats der Militärverwaltung das Kapitel Militair-Justizverwaltung noch zu sehr eingehender Debatte, welche sich hauptsächlich um den „Fall Kirchhoff", Soldatenmißhandlungen, Selbstmorde der Soldaten, die Duellfrage u. A. drehte. An derselben nahmen außer dem Kriegsminister General der Infanterie Bronsart v. Schellendorff, namentlich die Abgg. Frhr. von Manteuffel (kons.), Bebel (Sozialdem.), Dr. v. Bennigsen (nationallib.), Dr. Barth (Freis. Vag.), Schall (deutschkons.), Kröber (südd. Volksp.), Dr. Lieber (Centr.), Theil. Ueber die weit auseinandergehenden Ansichten und Ausführungen der einzelnen Redner, welche mitunter auch auf andere Gebiete überschweiften, berichten wir an anderer Stelle des Näheren. — Demnächst wurde das Kapitel 18 des Militairetats genehmigt und die von der Budgetkommission beantragte, im Abendblatte mitgetheilte Resolution, betreffend die militairische Strafstatistik, angenommen. Ohne Debatte wurden dann auch die Kapitel 19 bis 23 (höhere Truppenbefehlshaber, Gouverneure rc., Adjutantur-Offiziere rc., Generalstab und Landesvermessungswesen, Ingenieure- und Pionierkorps) erledigt und um 5¼ Uhr die Berathung auf heute Nachmittag 2 Uhr vertagt. In erster Reihe wird in der heutigen Sitzung der Gesetzentwurf betreffend den Schutz der Brieftauben zur Berathung gelangen.

Das **Abgeordnetenhaus** genehmigte im weiteren Verlaufe seiner gestrigen Sitzung die Etats der Staatsschuldenverwaltung, der allgemeinen Finanzverwaltung und der Ansiedlungskommission und erklärte die Denkschrift über die Ausführung des Ansiedlungsgesetzes durch Kenntnißnahme für erledigt. Ein Antrag der Fraktion der Polen, das Ansiedlungsgesetz baldthunlichst aufzuheben, wurde abgelehnt. — Heute Vormittag 11 Uhr wird die Berathung des Kultusetats fortgesetzt.

Durch einzelne Blätter laufende Notiz, daß die Außerkraftsetzung der **Vereinsthaler österreichischen Gepräges** für Deutschland verfügt worden sei, entbehrt, dem „Reichs-Anz." zufolge, jeder Begründung.

Die Arbeiten für die Durchführung der **Steuerreform in Preußen** schreiten vorwärts. Vorbereitungen für die Veranlagung der Ergänzungssteuer sind im Gange, und haben unter Leitung des General-Katasterkontrolleurs Geh. Ober-Finanzraths Gaus Besprechungen mit den Katasterinspektoren der Monarchie stattgefunden, durch welche die Beschaffung der Unterlagen für die Schätzung des unbeweglichen Vermögens gesichert worden ist. Betreffs des Kommunalabgabengesetzes sind bereits allgemeine Anweisungen ergangen. Von den Ministern des Innern und der Finanzen, denen die Ausführung dieses Gesetzes gemeinschaftlich übertragen worden ist, sind inspizirende weiteren Ausführungsanweisungen soweit zum Abschluß gebracht, daß deren Erlaß unmittelbar bevorsteht. Letztere Anweisungen betreffen namentlich die Aufgaben, welche das Kommunalabgabengesetz den Kreisen und den Gemeinden für das Jahr vom 1. April 1894 bis hin 1895 gestellt hat. Nach §§ 91 und 96 sind die Gemeinden verpflichtet, bis zum 1. April 1895, ihre Steuerverordnung auf die Uebereinstimmung mit den Vorschriften des Gesetzes zu prüfen und nöthigenfalls zu ändern. Da die betreffenden Beschlüsse in den meisten Fällen der Genehmigung der Aufsichtsbehörden bedürfen, so läge, falls die Kommunalbehörden ihre Beschlüsse erst gegen Ende des Jahres fassen, die Gefahr vor, daß jene Genehmigung nicht vor dem 1. April 1895 ertheilt werden könne und es mithin an der erforderlichen Unterlage für das Etatsjahr 1895/96 fehlen würde. Es empfiehlt sich daher, daß Kreise und Gemeinden bald an diese Prüfung herangehen und die erforderlichen Entschlüsse fassen.

Die „Hamburger Nachrichten" behaupten der Staatssekretair des Auswärtigen Amtes, Freiherr v. Marschall, habe in Abrede gestellt, daß in Rußland noch größere **Getreidevorräthe** lagern. In Wirklichkeit sagte der Staatssekretair in der Reichstagssitzung vom 26. Februar nach dem stenographischen Bericht, was folgt:

„Wenn der Herr Vorredner von den ungeheueren Vorräthen an Roggen gesprochen hat, die jetzt in Rußland lagern sollen, so kann ich ihm sagen: da ist er ein Opfer einer Legende geworden. Von ungeheueren Roggenvorräthen in Rußland ist gar nicht die Rede, ich werde Ihnen in der Kommission die betreffenden Ziffern geben."

Dem Vernehmen nach ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß in Folge der durch die Stürme in den Tagen vom 10. bis 12. Februar d. J. verur-

---

Feuilleton der Norddeutschen Allg. Zeitung.

44 Berlin, den 6. März 1894.

Die Wege der Vorsehung.

Roman von Axel Albrecht.

[Nachdruck verboten.]

(Fortsetzung.)

29. Kapitel.

Ein teuflischer Plan.

Es war ein herrlicher Herbstabend; den ganzen Tag über hatte die Sonne mit stolzer Pracht und glühender Hitze geschienen. Auch jetzt noch, nachdem das Abendroth im Westen erglänzte, herrschte eine bedrückende Temperatur.

Walther May schritt die Königstraße entlang in der Richtung auf den „Goldenen Stern" zu. Seit einigen Tagen war er ein ständiger Gast in diesem Wirthshause. Er kam jedoch weniger des Dortmunder Bieres wegen, welches Herr Aßmann verschänkte, als um sich nach dem Befinden eines der Bewohner des „Goldenen Sterns" zu erkundigen. Vor einiger Zeit hatte sich Alma eine Erkältung zugezogen, die sie zu Anfang nur wenig beachtet hatte. Bald nahm dieselbe jedoch einen besorgniserregenden Charakter an, da eine Lungenaffektion hinzutrat. So war sie denn bereits seit mehreren Tagen an das Haus, ja sogar an das Bett gefesselt.

May kam jeden Abend und erkundigte sich auf das Genauste und mit der größten Theilnahme nach dem Befinden der Patientin. Dies war natürlich auch zu Alma's Ohren gekommen, die es dankbar empfand, daß der junge Mann so viel Interesse für sie bekundete.

Aßmann stand gerade am Buffet, als May jetzt keuchend die Wirthschaft betrat und sich mit dem Taschentuche den Schweiß von der Stirn wischte.

„Guten Abend, Herr Wirth", rief Walther heiter. „Hübsch warm heute, nicht wahr?"

„Warm? Nein, heiß ist es — unerträglich heiß!"

„Haben Sie einen Augenblick Zeit für mich, Herr Aßmann? — Ich möchte gern ein paar Worte mit Ihnen sprechen."

„Gewiß; gehen Sie in meine Wohnstube. Ich komme sogleich."

„Schön; bringen Sie aber Bier mit für mich — und für Sie."

Der junge Mann trat in die Wohnstube, die neben dem Gastzimmer lag, und der Wirth folgte ihm gleich darauf mit zwei Glas Bier.

May blies behutsam den Schaum von seinem Glase und that dann einen tiefen Zug daraus. Aßmann folgte schweigend und mit gleicher Bedächtigkeit seinem Beispiel, ohne daß, abgesehen von dem üblichen „Prost", vorher ein Wort gesprochen wurde.

„Wie geht's Alma?", fragte Walther, als er sein halbgeleertes Glas vor sich hinsetzte.

„Etwas besser — sie ist heute aufgestanden und sitzt in ihrem Zimmer."

„Hat sie kürzlich etwas aus Amerika gehört?"

„Ja, sie hat heute Morgen einen Brief erhalten, den sie, wie ich glaube, gerade jetzt beantwortet. Wenigstens brachte meine Frau vorhin Tinte und Feder hinauf."

„Sie wird — dem Ebel vermuthlich von ihrer Krankheit erzählen. . . ."

„Sehr wahrscheinlich."

„Das können wir gebrauchen — darauf können wir einen Plan bauen!" rief May eifrig.

„Einen Plan — wofür?" unterbrach ihn der Andere.

„Um Ebel und Alma für immer zu trennen!" zischte May mit halblauter Stimme. „Mein Plan macht seine Rückkehr unmöglich."

„Und welches ist Ihr Plan?" fragte Aßmann begierig.

Seit Albert's Abreise hatte sich Aßmann immer mehr und mehr in den Gedanken hineingelebt, daß er die Heirath der beiden Liebenden unter allen Umständen hintertreiben müßte. Er war entschlossen, ihr dringend davon abzurathen, nach Amerika zu gehen; er wollte ihr alle seine Bedenken und alle Gefahren schildern, die diese Reise mit sich bringen mußte. Darum war er auch jetzt sehr gespannt, welchen Plan May ersonnen haben könnte.

„Ich denke, Aßmann, daß es doch jetzt eine Kleinigkeit sein müßte, Ebel hinters Licht zu führen — ihm etwas vorzumachen?"

„Und zwar . . ."

„Er muß glauben, daß Alma gestorben sei."

„Nein!" rief Aßmann ungläubig. „Ist das Ihr Plan?"

„Allerdings, und er ist nicht so unsinnig, wie Sie glauben. Hören Sie also. Sie meinen, daß Alma von ihrer schweren Krankheit schreiben wird?"

„Gewiß."

„Wunderschön. Dadurch wird mein Plan so einfach, daß er unter allen Umständen zum Ziele führen muß. Wenn Albert von der Krankheit hört, so wird er natürlich in großer Erregung sein und gerade in der Stimmung, welche ihn äußerst empfänglich macht für einen Brief, den er zwei oder drei Wochen darauf von Ihnen erhält. . . ."

„Von mir?" unterbrach ihn Aßmann.

„Ja, von Ihnen. Sie müssen ihm schreiben, daß Alma in Folge ihrer Krankheit verstorben sei. Verstehen Sie jetzt?"

„Ja, jetzt verstehe ich," antwortete der Wirth langsam, als wenn er sich mit allen seinen Geistteskräften mit der Sache beschäftigte. „Doch meinen Sie, daß er es glauben wird?"

„Gewiß. Die Todesnachricht wird ihm ja, wenn auch überraschend, so doch nicht völlig unerklärlich kommen. Erst erfährt er durch Alma selbst die Krankheit, und dann kommt bald darauf die Todesnachricht. Das ist doch ein ganz natürlicher Lauf der Dinge. Warum sollte er denn da Zweifel hegen? Uebrigens," fuhr er nach einer Weile fort, „habe ich noch über einen anderen Plan nachgedacht, der die Geschichte noch glaubwürdiger machen wird."

„Nämlich?"

„Wir könnten dem „Boten" eine kurze Notiz über Alma's Tod einsenden und dann ein Exemplar davon mit ihrem Brief nach Amerika schicken Am nächsten Tage kommt dann einfach eine Berichtigung und die Sache ist hier zur allgemeinen Zufriedenheit und Heiterkeit erledigt. In uns wird gewiß Niemand den Einsender vermuthen; Ebel wird aber von ihrem Tode mehr überzeugt sein, wenn er die Nachricht gedruckt in der Zeitung liest."

„Schlau, May, sehr schlau, höllisch schlau," flüsterte Aßmann, „aber gefährlich."

„Wieso? Ich kann keine Gefahr darin erblicken?"

„Albert kann zurückkehren und den Betrug entdecken."

„Wir haben tausend Chancen gegen eine, daß er nicht zurückkehrt," versetzte May zuversichtlich. „Was sucht er denn hier? Was erwartet er denn hier? Alma ist todt, Verwandte hat er hier nicht und Arbeit findet er nicht. In Amerika geht es ihm gut; was sollte ihn also veranlassen, nach Deutschland zurückzukehren?"

„Nichts, May, nichts," antwortete Aßmann langsam und gedankenvoll. „Deutschland bietet ihm nichts mehr — aber wer weiß, was für einen Verlauf die Geschichte nehmen kann?! Die Möglichkeit ist immerhin vorhanden, daß er zurückkommen kann, und dann sind wir schlimm daran.

„Ich sage Ihnen ja, wir haben tausend Chancen gegen eine, daß er nicht wieder kommt," wiederholte der Andere eindringlich. „Er hat hier nichts mehr zu suchen; außerdem ist er in Amerika geboren, und wird es jetzt ganz als seine Heimath betrachten."

„Das hat ja Alles sehr viel für sich, aber Ihr Plan ist und bleibt doch gefährlich, — sehr gefährlich. Ebel kann zum Beispiel an irgend Jemanden in der Stadt schreiben, und auf diese Weise kommt der ganze Betrug dann heraus."

„Das ist ein Risiko, das wir tragen müssen," antwortete May bestimmt. „Uebrigens habe ich noch nie gehört, daß er außer mit Alma noch mit anderen Leuten in Wallstadt in Korrespondenz stebt."

„Aber," sagte Aßmann und blickte den Anderen scharf an, als wenn ihm ein neuer Gedanken gekommen wäre. „Aber wie sollen wir Alma daran hindern, ihm zu schreiben, nachdem wir ihm ihren angeblichen Tod mitgetheilt haben?"

Walther's Augenbrauen zogen sich plötzlich zusammen. Hieran hatte er offenbar noch nicht gedacht, obgleich doch diese Frage ziemlich nahe lag.

„Das wird allerdings schwer halten," sagte er endlich nach einer langen Pause, während welcher er sich vergeblich bemühte, einen geeigneten Plan zu erfinden. „Doch wir müssen auch diese Schwierigkeit auf diese oder jene Weise überwinden."

„Ich sehe keine Möglichkeit dazu."

„Wir müssen einen Ausweg finden, und dabei bleibt es," rief May energisch. „Mein Plan ist zu gut und zu schlau ersonnen, um ihn nicht auszuführen. — Ha, ich hab's," rief er plötzlich erfreut aus. „Ebel wird nicht mehr schreiben, sobald er ihren Tod erfährt, und sie wird durch sein fortwährendes Schweigen in ihrem Stolze gekränkt werden, und aus diesem Grunde die Korrespondenz auch abbrechen."

„Das klingt sehr schön, May; aber die Sache ist doch zu gefährlich."

„Könnten nicht Alma's Briefe aufgefangen, — nicht befördert werden? Bringt sie ihre Briefe immer selbst zur Post?"

„In der Regel. Doch ich will es wohl übernehmen, einen oder zwei Briefe zurückzuhalten."

„Gut, versuchen wir es. Wenn Sie nur einen oder zwei Monate den Briefverkehr unterbrechen können, so muß mein Plan gelingen."

Als Walther May diese Worte aussprach, konnte er nicht ahnen, wie wunderbare Umstände zusammentreffen würden, um das Gelingen seines teuflischen Planes zu ermöglichen.

Unterdessen saß Alma oben in ihrem Zimmer, und schrieb einen langen Liebesbrief nach Amerika. Dies sollte der letzte Brief sein, den Albert von ihr empfing.

(Fortsetzung folgt.)

sachten erheblichen Windfälle in den Forsten die Preise für Bau- und Nutzholz in nächster Zeit eine wesentliche Herabminderung erfahren würden. Demgegenüber wird im „St.-A." darauf hingewiesen, daß jene Annahme in den thatsächlichen Verhältnissen nicht begründet ist. Denn die in den Staatsforsten geworfene gesammte Holzmasse ist gegenüber dem etatsmäßigen jährlichen Einschlage von etwa 7 Millionen Festmeter Derbholz glücklicher Weise nicht so erheblich, daß dadurch ein Sinken der Preise bedingt würde, um so weniger, als der Import von ausländischem, namentlich russischem Holz aus Veranlassung des strengen Winters und der dadurch erschwerten Heranschaffung des Holzes zu den Wasserstraßen in diesem Jahre gegen früher sehr erheblich zurückbleiben wird. Die Staats-Forstverwaltung beabsichtige deshalb und habe ihre Organe bereits mit Anweisung versehen, bei dem Verkauf der Windbruchhölzer in der Regel an den bisherigen Preisen festzuhalten und die Holzmengen, welche zu solchen etwa gegenwärtig nicht verkäuflich sein sollten, bis zum nächsten Jahre im Bestande halten und zu dem Ende behufs Erhaltung ihres Werths entrinden, glänzen, im Wasser aufbewahren oder auch selbst zu Schnittwaare verarbeiten zu lassen.

Journal-Revue.

In einem Artikel „Wirthschaftliche Konjunkturen" gelangt die „Vossische Zeitung" zu folgendem Schlusse: „Der deutsche Boden ist nicht ungetreidiger geworden. Die Fortschritte der Wissenschaft haben ihm zu Gute geklommen. Die Maschinen sind vervollkommnet worden; man hat künstliche Düngemittel geschaffen, die Thierrassen durch Vermischung mit frischem Blut verädelt. Tausende von Hektaren, die früher Oedland waren, sind heute Aecker; Länderreien, die früher die reichsten Weizenerträge lieferten, liefern jetzt neben denselben Mengen an Weizen noch noch bezahlte Hackfrüchte, wie Zuckerrüben. Ein Gut, das vor fünfzig Jahren einen Ueberschuß von tausend Thalern abwarf, liefert heute sicher einen viel höheren Reinertrag. Aber der Werth des Geldes ist gesunken, erwidert man uns. Man kann heute mit zweitausend Thalern nicht eine so behagliche Existenz führen, wie man sie vor fünfzig Jahren mit tausend Thalern führte. Nun, daß der Werth des Geldes gesunken sei, ist wohl ein schiefer Ausdruck; man würde sich richtiger ausdrücken, wenn man sagte, daß die Ansprüche an das Leben gestiegen sind. Mit tausend Thalern kann man die Bedürfnisse, die man vor fünfzig Jahren damit befriedigen konnte, auch heute noch überreichlich befriedigen, denn Alles, was zur Nahrung und Kleidung gehört, ist wohlfeiler geworden. Aber unsere Bedürfnisse sind in viel höherem Grade gestiegen. Mit dem schnelleren Anwachsen unserer Bedürfnisse, mit der Erweiterung des Kreises dessen, was unsere Gewohnheiten erheischen, hat die Ergiebigkeit der Landwirthschaft freilich nicht gleichen Schritt halten können. Wer vom Vater oder Großvater eine jährliche Rente von tausend Thalern erbt hat, wird sich mehr einschränken müssen, als es der Vater gethan hat, und viel weniger, als es der Großvater gethan hat. Der Grundwerth und die Grundrente können nicht in derselben Weise wachsen wie die Ansprüche an die Lebenshaltung, und wer das verlangt, verlangt Unbilliges."

Der „Hamburgische Korrespondent" meint: „Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, aber es ist doch in hohem Grade bezeichnend, daß der Terrorismus, den der Bund der Landwirthe und die „Kreuzzeitung" mit vereinten Kräften um unbedenklich in der Wahl ihrer Mittel in Sachen des deutsch-russischen Handelsvertrags ausübten betreffst hind, hier und da durchbrochen wird. Ein Telegramm hat gemeldet, daß Graf Dönhoff, konservativer Reichstagsabgeordneter für Königsberg-Land, sich von seinen Wählern freie Hand für die Abstimmung mit Ja hat geben lassen. Graf Dönhoff-Friedrichstein gehört zu der im Reichstag nahezu vollständig bestehenden Gruppe v. Helldorff-Bedra, d. h. zu den 22 Abgeordneten, die im Oktober 1892 auf dem konservativen Parteitage gegen das neue konservative Programm gestimmt haben. Auf die Haltung der übrigen konservativen Abgeordneten Ostpreußens kann man also aus diesem Vorgang keinen Schluß ziehen. Immerhin ist es bemerkenswerth, daß die Wählerschaft den Standpunkt der Agrarier so rasch preisgegeben hat. Die gleiche Erscheinung haben wir im entgegengesetzten Theil Deutschlands, in der Rheinpfalz, sich vollziehen. Auch hier schwenkt die Volksstimmung zu Gunsten des Vertrags vielfach um. Während man anfangs glaubte, daß sämmtliche sechs nationalliberale Pfälzer Abgeordnete Gegner seien, wird jetzt behauptet, daß von ihnen nur einer, der Abg Dr. v. Marquardsen, auf seinem Nein, auf das er sich mit Schriftlichkeit verpflichtet zu haben, beharre. So muß denn selbst die „Kreuzztg." heute ingrimmig zugeben, daß „unter allen Umständen" die Annahme des Vertrags im Reichstag gesichert ist."

Das Letztere wird natürlich der „Kreuzzeitung" sehr schlecht gefallen. Ihr antwortet sich nur aus der Art erneesen, wie sie gegen den Grafen Dönhoff-Friedrichstein vorgeht; da sachliche Widerlegung unmöglich, greift sie zur persönlichen Anspuhng und schreibt in ihrer Sonntagsnummer: „Die liberale Presse macht natürlich viel Wesens von der Thatsache, daß sich Graf Dönhoff hat „entbinden" lassen von dem seiner Zeit abgegebenen Versprechen, gegen jeden Handelsvertrag stimmen zu wollen, der eine Herabsetzung der landwirthschaftlichen Zölle enthalten würde. Wir wollen darüber nicht streiten, inwieweit es zulässig und loyal ist, sich durch etwa Geliebig und ohne Auftrag zusammengerufene Leute, unter denen sich, wie in Königsberg, sogar eine Anzahl notorischer Parteigegner befanden, von einem Versprechen entbinden zu lassen, auf das hin man die bona fide abgegebenen Stimmen von Tausenden von Wählern dankbar entgegengenommen hat. Wenn aber ein freisinniges Blatt meint, nach dieser Freigebung des Grafen Dönhoff sei die Einigkeit der konservativen Partei nur noch eine Legende, so legt es Seite 2 des Grafen eine Bedeutung bei, die ihm innerhalb der konservativen Partei und von seinen Standesgenossen überhaupt nicht, am allerwenigsten aber nach seinem jüngsten Auftreten zuerkannt wird. Die Abstimmung über den russischen Handelsvertrag wird den Beweis in unzweideutiger Weise erbringen."

Zu dem Austritt des Grafen Mirbach aus der Währungskommission wird nun auch in der „Vorser-Zeitung" bemerkt: „Einen Anlaß zur Beschwerde über ungenügende Berücksichtigung des bimetallistischen Standpunktes hat Graf Mirbach nicht. Daß die Zusammensetzung der Kommission dessen ungeachtet seinen Wünschen nicht entspricht, erscheint allerdings begreiflich, da er selbst erklärt: „Eine Enquete, welche lediglich praktische Vorschläge zur Lösung der Silberfrage zu entwerfen hat, darf nach meiner Auffassung nur aus Männern zusammengesetzt sein, welche auf dem Boden stehen, daß das Silber als vollwerthiges Münzmetall acceptiren. Es ist weder nöthig noch erwünscht, daß dieselben sämmtlich den unbedingt bimetallistischen Standpunkt einnehmen." Was sie in dem Schlußsatze enthaltene Einschränkung besagen soll, ist unklar. Diejenigen, welche „das Silber als vollwerthiges Münzmetall acceptiren", nehmen eben den unbedingt bimetallistischen Standpunkt ein, — sie müßten denn gleichzeitig die Beseitigung des Goldes als Münzmetall anstreben und demgemäß die reine Silberwährung befürworten. Die Forderung, daß die Enquete „nur" aus Männern bestehen solle, welche das Silber als vollwerthiges Münzmetall acceptiren, läuft mithin thatsächlich auf die Forderung hinaus, daß Vertreter der Goldwährung — der in Deutschland gesetzlich geltenden Währung — aus der Kommission ganz auszuschließen seien."

Unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Hammerstein-Loxten hat gestern die Tagung des **Deutschen Landwirthschaftsrathes** begonnen. Da für die Eisenbahnen bisher Körperschaft, in ähnlicher Weise wie es für die in voriger Woche abgehaltenen Verhandlungen des preußischen Landesökonomiekollegiums in Anwendung von der bisherigen Geschäftsordnung Gebrauch zu machen ist, nicht zugelassen werden, so müssen wir abwarten, bis ein amtlich beglaubigter Bericht über die Verhandlungen erscheint.

Parlamentarisches.

* Die Budgetkommission des Reichstags setzte gestern die Berathung des Marineetats fort. Bei Ordinarium wurde, abgesehen von den 500 000 ℳ, welche von vornherein abgesetzt worden, im Wesentlichen ohne Abstriche nach den Anträgen des Etats genehmigt. Bei Kap. 60 (Instandhaltung der Flotte und der Werftanlagen) wurden, in Anknüpfung an die Diskussion von Sonnabend, seitens des Staatssekretairs Hollmann Mittheilungen über die Pflichten und Kompetenzen der Beamtrn gemacht, welche den Bau neuer Schiffe im Auslande haben. Abg. Sebler (freisinnig) betonte, daß seiner Meinung nach es an genügendem Aufsichtspersonal nicht gefehlt habe. Beim Bau des kleinen Schiffes „Gondor" durch die Firma Blohm u. Voß in Hamburg, wo ein Bauinspektor und ein Baumeister zugegen waren, habe er sich von der strengen Kontrolle und Gewissenhaftigkeit dieser Herren überzeugt. Wenn das Reichs-Marineamt bei dem „Vulkan" nicht so genügendes Aufsichtspersonal gestellt habe, so möge der Grund wohl darin liegen, daß der „Vulkan" bereits eine sehr große Zahl von Schiffsbauten zu vollster Zufriedenheit ausgeführt habe und in Folge dessen mit Recht Vertrauen genieße. — Bei den einmaligen Ausgaben wurden von der Forderung der 5. Rate zur artilleristischen Armirung der Panzerschiffe „Brandenburg", „Wörth", „Weißenburg" und „Kurfürst Friedrich Wilhelm" (3 444 000 Mark) 2 000 000 ℳ abgesetzt. Die Forderungen für die ersten Raten des Panzerschiffs „Ersatz Preußen" (1 000 000 ℳ), des Kreuzers „Ersatz Leipzig" (1 000 000 ℳ), des Avisos „Ersatz Falke" (1 200 000 ℳ) und die entsprechenden Forderungen für die Armirung dieser Schiffe wurden zunächst ausgesetzt.

* Bezüglich der zum 1. Oktober in Kraft tretenden Bestimmung des § 120 der Gewerbeordnung, betreffend die Aufhebung des Sonntagsunterrichts in den Fortbildungsschulen, hat auch der Verein zur Förderung des Zeichnens und Fördern des Zeichnens in Volks- und Fortbildungsschulen eine Petition bei dem Reichstage eingereicht. Gleichzeitig beschloß der Verein folgende Erklärung: „In Erwägung, daß der Zeichenunterricht in den meisten Zweigen zu einem erfolgreichen Betriebe des Tageslichts bedarf, welches durch kein künstliches ersetzt werden kann; daß ferner vielen Zeichenschülern, darunter allen Gehülfen, durch die Entziehung des Sonntagsunterrichts jede Gelegenheit zur Fortbildung im gewerblichen Zeichnen genommen werden würde; daß ferner zur Ausübung des Sonntags eine sichere außgeruhte Hand gehört, welche an einem Wochenabend den Sonntag zu Hause schwerlich unmöglich zu erwarten ist; und endlich in Erwägung, daß für viele wichtige gewerbliche Unterrichtsfächer nur für den Sonntag Vorrichte, Lehrkräfte, Handwerksmeister, Gehülfen zu haben sind, beklagt der Verein von Lehrern und Freunden des Zeichnens in Volks- und Fortbildungsschulen die Aufhebung des Sonntagsunterrichts in den Fortbildungsschulen als eine tiefe Geschädigung des Handwerks und der Fortbildungs- und Handwerkerschulen. Der Verein hofft, daß es den städtischen Behörden gelingen möge, ein maßgebendes Stelle dahin zu wirken, daß der Sonntag dem fortbildungsschulunterricht in Zukunft werde erhalten bleiben."

* Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses berieth gestern den Vertrag zwischen Preußen und Lübeck, betr. den Elbe-Trave-Kanal und den Gesetzentwurf, betr. die Gewährung eines Beitrages Preußens zu den Kosten der Herstellung dieses Kanals durch die freie Stadt Lübeck. Nachdem in einer früheren Sitzung die technische Seite der Vorlage behandelt worden war, wurde gestern vornehmlich die handelspolitische Seite erörtert und behandelt vom Regierungsvertreter Geh. Rath Gamp ausgeführt, daß durch den Kanal eine Belebung und Verstärkung des Verkehrs mit den nordischen Reichen, Rußland, Norwegen, Schweden und Dänemark, sicher eintreten, der Export industrieller Produkte und der Import Rohmaterialien aus den sächsischen und überhaupt aus dem Eibgebiete gefördert und vermehrt werden würde. Lübeck unterhalte eine Seeschiffahrtsverbindung mit 42 Häfen der nordischen Reiche. Schon jetzt sei unser Export an Kalk, künstlichem Dünger, Soda, Natron, Alaun, Kupfer, Zink und Eisen über Lübeck nach diesen Häfen ein bedeutender und werde nach Fertigstellung des Kanals in Folge der Verbilligung der Frachten voraussichtlich noch größere Dimensionen annehmen. Die Staatsregierung sei davon überzeugt, daß der Kanal nicht nur den hauptsächlich betheiligten Landestheilen im Elbgebiete, sondern dem ganzen Hinterlande reichen Segen bringen werde. Auch der Staatsminister Dr. Miquel und Geh. Rath v. Rheinbaben sprachen sich in diesem Sinne aus. Für die Vorlage erklärten sich unbedingt die Abgg. Stengel (freikons.), Dr. Sattler (ntl.) und Letocha (Z.), während Graf Limburg-Stirum (k.) erklärte, zwar in der Kommission für das Gesetz zu stimmen, sich aber mit Rücksicht auf die große Erleichterung der Einfuhr von landwirthschaftlichen Produkten die Entscheidung im Plenum noch vorbehielt. Aehnlich äußerte sich Graf Strachwitz. Von anderer Seite wurde betont, daß der für die preußischen Provinzen, auch für die Provinz Sachsen, durch den Kanal zu erhoffende Vortheil zwar von geringer Bedeutung sei, daß man aber bei dem großen Opfer, welches Lübeck, für das der Elbe-Trave-Kanal nach Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals eine Lebensfrage bedeute, zu bringen bereit ist, als ein nobile officium für Preußen betrachten müsse, sich bei dem Bau dieses Kanals mit dem verhältnißmäßig geringen Zuschuß zu betheiligen. Der Vertrag wie der Gesetzentwurf wurden hierauf einstimmig angenommen. Als Berichterstatter für das Plenum wurde Abg. Broemel bestellt.

* Wie klerikale Blätter berichten, hat den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion im Abgeordnetenhause, den Abg. Frhrn. v. Heereman, ein Unfall getroffen. Als derselbe am Montag in der Treppe des Hotels Monopol, in dem er wohnt, herunterstieg, wollte er nach dem Stand eines seitwärts angebrachten Barometers sehen, trat dabei fehl und stürzte ein Stück Treppe herab. Der Unfall hat außer einer Kontusion am Kopfe keine schlimmeren Folgen gehabt, so daß der Zustand zu keinerlei Bedenken Anlaß giebt. Indessen wird der Abg. von Heereman doch wohl einige Zeit das Haus hüten müssen.

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Berlin, 6. März.

* Der Bevollmächtigte zum Bundesrath, Senator der freien Hansestadt Bremen, Dr. Pauli, ist von Berlin abgereist.

* Der Geh. Regierungsrath und Mitglied des Herrenhauses, v. Woyrsch, ist von Pilsnitz, der Kammerherr und Landschaftsdirektor v. Heinen von Pfaffendorf i. Schl. hier angekommen und sind Beide in Berlin's Bestes Hotel abgestiegen.

* Der Geh. Ober-Regierungsrath Bartels ist an Stelle des verstorbenen Herrn Barth zum Landfeuer-Sozietätsdirektor in Merseburg gewählt und scheidet, wie die „Voss. Ztg." ihrer Meldung hinzufügt, aus dem Reichsamt des Innern aus.

In Gotha ist am Sonntag unser hochbetagte vormalige koburg-gothaische Staatsminister v. Seebach, der über 40 Jahre dem herzoglichen Ministerium angehörte, gestorben.

[Aus dem Ressort der Eisenbahnverwaltung.] Versetzt: der Eisenbahnbau- und Betriebsinspektor Dömanget, bisher in Essen, als Mitglied an das Betriebsamt (Deutz-Emmerich) in Düsseldorf.

Gestorben: Krahn, Präsident der Eisenbahndirektion in Altona.

Heute hält das alte und zahlreiche in Deutschland, Dänemark und Norwegen begütete Geschlecht Derer v. Wedel seinen Familientag hier ab. Einer am Vormittag stattfindenden Sitzung folgt am Nachmittag ein Diner im Kaiserhof, an dem auch die Damen theilnehmen. Abends findet beim Minister des königlichen Hauses Excelle statt. Gestern Abend waren bie meisten der bereits eingetroffenen Mitglieder des Geschlechtes zu einer Soirée im Hause des Hauptmanns v. Wedel versammelt.

Reichs- und Staats-Angelegenheiten.

[Eisenbahnen.] Einem unter dem Vorsitz des Kreistagsmitgliedes Wiegand zu Attenhausen im Landkreise Cassel zusammengetretenen Komité ist die Erlaubniß zur Vornahme allgemeiner Vorarbeiten für eine Eisenbahn von Wilhelmshöhe über Naumburg nach Frielar mit Abweigung von Naumburg nach Wolfhagen ertheilt worden.

* Heft 2. Jahrgang 1894 (März und April) des Archiv für Eisenbahnwesen, herausgegeben vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Verlag von Julius Springer in Berlin enthält: Die Sonntagsruhe im Eisenbahnverkehr der preußischen Staatseisenbahnen. Von Seydel. Die Anfänge der Saarbrücker Bahn. Von Offermann. Noch ein Wort zur Vorbildung der höheren Eisenbahnbeamten. Von Wenz. Die russischen Eisenbahnen im Jahre 1891. Erweiterung und Vervollständigung des preußischen Staatseisenbahnnetzes im Jahre 1894. Die Reichs-Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen und die Wilhelm-Luxemburg-Bahnen. Die unter königlich sächsischer Verwaltung stehenden Staats- und Privateisenbahnen im Königreich Sachsen. Die königlich württembergischen Staatseisenbahnen im Rechnungsjahre 1891/92. Die k. k. österreichischen Staatsbahnen im Geschäftsjahre 1892. Kleine Mittheilungen. Rechtsprechung und Gesetzgebung. Bücherschau.

Dresden, 4. März. Wie das „Dresdner Journal" mittheilt, findet am 5. April die Vermählung des Prinzen Johann Georg von Sachsen mit der Herzogin Maria Isabella von Württemberg in Stuttgart statt. Die Neuvermählten werden am 14. April hier ihren feierlichen Einzug halten.

Kirchliche Nachrichten.

* Der Konsistorialrath D. Renner in Wernigerode hat der „Kreuzztg." zufolge die Berufung zum Generalsuperintendenten in Magdeburg aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt. Da nunmehr die bereits zur Wahl gestellten Kandidaten die Uebernahme des Magdeburger Amtes abgelehnt haben, so wird demnächst der Generalsynodalvorstand einberufen werden, um neue Personalvorschläge entgegenzunehmen.

Marine und Schifffahrt.

* Laut telegraphischer Mittheilung an das Oberkommando der Marine ist S. M. S. „Marie", Kommandant Korvettenkapitän Frhr. v. Lyncker, am 4. März d. J. von Montevideo nach Kap Frio in See gegangen.

Provinzial-Zeitung.

Lyck, 3. März. Der Wirth Szypullo aus Wiskiboren, Kreis Johannisburg, hat bei eingetretener Dunkelheit mit seinen beiden Geschäftsdienern in den einem Sohne über einen See nach dem Dorfe Belizgen. Etwa 200 Schritte vom Ufer gerieth er in einen über 20 Fuß breiten Riß des Eises und das Fuhrwerk ging hier mit den vier Insassen unter. Auf die Hilferufe der Verunglückten kamen aus dem Dorfe die Leute herbei, doch leider zu spät, denn die Verunglückten hatten schon ihren Tod gefunden. Am anderen Tage wurden die vier Leichen herausgezogen; Pferde und Wagen waren nicht zu finden.

Görlitz, 4. März. Allgemein interessiren dürfte die Nachricht der „Magdeb. Ztg.", daß unser Mitbürger, Gustav v. Moser, vorgestern Abend im hiesigen Wilhelm-Theater sein erstes Debüt auf den „Brettern, welche die Welt bedeuten", mit großem Erfolge absolvirt hat. Er hatte in der dem Verein für christliche Frauenhülfe „Edelweiß" arrangirten Wohlthätigkeitsvorstellung eine Rolle übernommen und spielte den Kommerzienrath Reichmann in dem amüsanten Lustspiel „Der Millionär" von G. v. Moser und Th. v. Trotha. Dem „Bäterspieler" Herrn v. Moser wurde für seine Leistung ein mächtiger Lorbeerkranz überreicht. Es ging ferner noch das reizende Lustspiel „Militairfrauen" von Moser und Trotha in Szene; die Mitwirkenden waren Offiziere der hiesigen Garnison und Damen der Aristokratie.

× **Aus der Mark.** Als am Dienstag zu Frankfurt a. O. ein Offiziersbursche in den Kellerräumen des Hauses aufgezeichnet wurde, hatte die Firma Lobse (Jägerstr. 43) den Theaterraum mit ihren neuen Oderuß parfümirt.

* Der vierte und letzte Unterhaltungsabend des Militair-Hülfsvereins, welcher am 12. März, Abends 7½ Uhr, in der Aula der Kriegsakademie stattfindet, verbreitet ein sehr genußreicher zu werden. Sgra. Maria Antonietta Palloni und der Cellovirtuose Schmidt haben u. A. ihre Mitwirkung zum Konzert zugesagt. Den Vortrag übernimmt Herr Hauptmann a. D. Rechus Schmidt über „Emin Pascha's Wirken und mein Zusammensein mit ihm in Deutsch-Ostafrika".

* Der Verein für Volksunterhaltungen veranstaltet am Sonntag Abends 8 Uhr eine Theatervorstellung im Saale des Berliner Handwerkervereins. Eintrittspreis beträgt 50 ₰.

* Im Verlage von Alexius Kießling, Kleinbeerenstraße 26, erschien soeben in 7. Auflage: Kießling's Neuer großer Plan von Berlin und den nächstgelegenen Ortschaften (1: 15 000) mit Angabe der Weichbildgrenze, des Bebauungsplanes, der Straßen- und Hausnummerierung, der Bahnhöfe, der Pferdeeisenbahn- und Dampfbahnnetze, sowie der Stadt- und Ringbahnlinie. In 5 farbigem Druck und kartonnirt 2 ℳ.

* Das Eisenbahnunglück auf der Strecke zwischen Charlottenburg und Zoologischer Garten ist, wie das königliche Eisenbahn-Betriebsamt (Stadt- und Ringbahn) mittheilt, dadurch herbeigeführt, daß die Arbeiter dem von Charlottenburg um 7 Uhr 11 Minuten abgefahrenen Zug A I auf Ferngeleise Charlottenburg-Zoologischer Garten ausgewichen und bestimmungswidrig statt nach der Bahnkante in das Stadtgeleis Charlottenburg-Zoologischer Garten übergetreten sind. In Folge des Dampfes der Maschine haben sie den auf diesem Geleise von Charlottenburg kommenden Sübzug um 1215 nicht rechtzeitig wahrgenommen und wurden von ihm überfahren. Die Untersuchung ist indeß noch nicht abgeschlossen und steht noch nicht fest, ob auch einem Dritten eine Schuld beizumessen ist. Der Staatsanwaltschaft beim Landgericht II ist Anzeige erstattet. — Wie verlautet, hat der Arbeiter Kappel nur einen Armbruch und gering Kontusionen davongetragen. — Wie der p.-Berichterstatter meldet, spielten sich vor dem Charlottenburger Leichenschauhause gestern Mittag tief ergreifende Szenen ab. Die Angehörigen der Verunglückten waren hier erschienen, um ihre Angehörigen zu suchen und zu rekognosziren. Dies war durch die entsetzliche Verstümmelung der Leichen nahezu unmöglich und konnte nur durch einzelne Theile von Kleidungsstücken überhaupt noch bewerkstelligt werden.

b. Die gerichtsärztliche Obduktion der Leichen des Obergärtners Kurz und des Buchhalters Detloff, welche der Gärtner Helbig am Sonntag in Ausübung seines Berufes in Groß-Gerichtsfelder Friedhofes in Gegenwart einer Gerichtskommission statt. Sie ergab, daß jeder der Getödten eine tiefe Fleischwunde am Oberschenkel bis zur Knochenhaut durchgeschnitten und der Tod durch Verblutung eingetreten ist. Helbig bleibt dabei, daß er in Nothwehr gehandelt habe. Kurz und Detloff seien vor ihm aus dem Lokal auf die Straße gegangen und hätten ihm dort aufgelauert. Er habe während seiner militairischen Dienstzeit beim 5. Feldartillerieregiment in Sprottau eine Gehirnerschütterung erlitten und leide deshalb oft an heftiger, an Bestimmungslosigkeit grenzender Erregung. Ihm seien Zuckungen bei jeder Erregung bemerkt worden. Thatsache ist, daß der gebildete Detloff in der Zeit, welche er früher als Helbig aus dem Lokale ging, sehr wohl seine nahegelegene Wohnung erreicht haben konnte, ohne mit Helbig zusammen zu gerathen, wenn dies nicht beabsichtigt gewesen wäre.

th. Ueber dem gegen den Kaufmann Friedländer gerichteten Schöffengerichtsurtheil, welches wir kürzer nach ein gutsinnigwohles Dankel. Der Lehrling Marksewicz, welcher wegen Verdachts der Thäterschaft eingezogen worden ist, bestreitet mit aller Entschiedenheit, daß er zu dem Attentat in irgend welcher Beziehung steht. Dagegen einige Momente sind sprechen daß der Verhaftete der Thäter sein kann, sprechen wieder andere Umstände für seine Unschuld, so daß sich der die Untersuchung führende Landgerichtsrath v. Makomaskey demnächst mit dem von dem Verhebiger R.-A. Dr. Friedmann gestellten Antrag zu beschäftigen haben wird, den Marksewicz gegen Kaution auf freien Fuß zu setzen.

th. Das Verhalten eines Droschkenführers erregte am Sonntag Nachmittag die Entrüstung der Augenzeugen. Vom Großen Stern kommend, fuhr ein Droschkenkutscher erster Klasse in rasender Eile um die Ecke, welche die Brücken-Allee dem Zusammentreffen mit der Altonaerstraße bildet. Es war in der sinsten Stunde, und die Straße durch viele Spaziergänger belebt. Der Kutscher hielt es nicht für nöthig, die Fußgänger durch Anrufen zu warnen, er jagte um die Ecke und fuhr von hinten gegen einen alten Herrn, der auf dem Straßendamm, aber dicht neben dem Bürgersteig ging. Der Kutscher hätte bei einiger Aufmerksamkeit leicht nach links abbiegen können. Der Herr wurde mit Heftigkeit zu Boden, geschleudert, der Wagen, dem Kaupe mit einem Fahrgast, ging über seinen Körper. Ohne sich darum zu kümmern, welches Unglück er angerichtet, fuhr der Kutscher weiter; auf den Anruf eines Augenzeugen „Warum halten Sie nicht?" ertönte ein höhnisches „Was jebt mir bei an?" Damit trieb der Kutscher sein Pferd zu noch schnellerer Gangart an und suchte zu entkommen. Einige Augenzeugen nahmen die Verfolgung auf, wobei sich herausstellte, daß die Insigen an der Droschke befindlichen Droschkenfahrer ihren Kollegen dadurch zu schützen versuchten, daß sie durch Kreuz- und Querfahren auf dem Wege den Verfolgern hinderlich wurden, so daß dieselben den Flüchtenden aus den Augen verloren. Der Schuldige wird seiner Strafe aber dennoch nicht entgehen, denn mehrere Herren hatten sich die Nummer seiner Droschke gemerkt und sie einem Schutzmanne mitgetheilt. Der überfahrene alte Herr wurde mittels Wagen nach seiner Wohnung gebracht; er schien schwere innere Verletzungen erlitten zu haben und pengß viel Blut aus einer klaffenden Wunde am Hinterkopfe.

rg. Eine angenehme Bekanntschaft hat gestern Morgen ein Charlottenburger Kaufmann auf der Stadtbahn gemacht. Er fuhr mit einem jungen Mädchen allein in einer Abtheilung zusammen und wurde von ihr bald in ein Gespräch verwickelt, wobei das Mädchen viel Liebreiz entwickelte. Zu schnell verstrich ihm die Zeit der Fahrt, und nur ungern verschiedeten er sich von seiner Begleiterin, die ihm bei der Weiterreise aus dem Fenster herauf Abschiedsgrüße zuwinkte. Beim Verlassen des Bahnsteiges bemerkte er, daß ihm die Börse mit über 100 ℳ Inhalt aus der Rocktasche entwendet worden war.

th. Der Stadtthell Moabit wird in letzterer Zeit durch häufige Einbruchdiebstähle unsicher

Aus Berlin.

* Das Museum für Naturkunde ist durch zwei neue bedeutsame Geschenke bereichert worden. Se. Majestät der Kaiser hat, der „Voss. Z." zufolge, für 15 000 ℳ zwei in Schieferbrüchen zu Holzmaert in Württemberg aufgefundene Versteinerungen von fabelhaften Skeletten der Urwelt für das Museum ankaufen und dort aufstellen lassen. Die Skelette rühren von einem Ichthyosaurus und einem Stenosaurus her, die in einer Schieferlage entdeckt wurden und sehr gut erhalten sind.

* In Ausführung der die Bibliothekbeamten betreffenden Kabinetsordre vom 14. Februar d. J. hat der Kultusminister, wie der „Voss. Zeitung" erfährt, jedem einer Stelle als Ober-Bibliothekaren den Titel „Ober-Bibliothekar" verliehen und bestimmt, daß die Kustoden und bei der königlichen Landesbibliothek in Berlin auch die Bibliothekare fortan die Amtsbezeichnung „Bibliothekar" zu führen haben. Den bisherigen Bibliothekvorstehern steht jetzt der Titel „Bibliothekdirektor" zu. Den bisherigen Ober-Bibliothekaren — ein Titel, den die Bibliothekvorsteher zu erhalten pflegten — wurden diese Aufgrundlage der königlichen Patent verliehen, während der jetzige Ober-Bibliothekartitel, in gleicher Weise wie der Professortitel der Oberlehrer, durch ein vom Minister vollzogenes Patent ertheilt wird. Die bisherigen Ober-Bibliothekare erhielten in amtlichen Schreiben das Prädikat „Hochwohlgeboren", während die jetzigen nach Analogie der Gymnasialprofessoren nur das Prädikat Wohlgeboren zu beanspruchen haben, bis ihnen der Rang der Räthe 4. Kl. etwa verliehen wird.

* Die Erhebung der Real-Sublevations-Beiträge wird in Berlin für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni unterbleiben.

* Am Sonnabend fand nach einer Pause von einigen Jahren wieder ein Ballfest des Offizierkorps der Landwehr-Inspektion Berlin statt. Das Kroll'sche Ballfestlokal vereinigte in Zelten mit Lorbeergrün und Fahnen geschmückt dekorirten Räumen an 1000 Reserve- und Landwehr-Offiziere aller Waffengattungen mit ihren Damen. Zu den Festgästen zählten auch der kommandirende General des 3. Armeekorps, Prinz Friedrich von Hohenzollern mit Gemahlin, der frühere Kommandeur der Landwehr-Inspektion Berlin, Generallieutenant v. Oldecqwski, der jetzige Inspekteur General-Major Spitz, Generalmajor v. Heydebreck, die Obersten Wegener, v. Alten, Kaufmann, Meuser, v. Schröder, Oberstlieutenant v. Schierstedt u. A. m. Das Fest eröffnete, wie die „Post" berichtet, ein Prolog, welcher einer Reihe von lebenden Bildern, Szenen aus der vaterländischen Geschichte darstellend, vorauging. Es war dies: „Der Große Kurfürst vor Fehrbellin" nach dem Gemälde von Kamphausen, „Preußische Werber" nach Hildemann, welchem mit dem 5. Bilde, der Wiedergabe des bekannten A. v. v. Werner'schen „Kriegsbeginnes" stürmischen Beifall hervorrief. Auch die anderen Bilder: „Am Abend der Schlacht bei Leuthen", „Königin Luise unter ihrem Volke" und „Königin Auguste und ihr Enkel" fanden lebhafte Anerkennung, insbesondere war der Choral „Nun danket alle Gott", welcher die Darstellung des erstgenannten Bildes feierlich ernst begleitete, von tiefer ergreifender Wirkung. Den lebenden Bildern folgte eine Quadrille, von Offizieren mit ihren Damen in Kostümen der Zahrezzeiten und der Monate getanzt. Die Quadrille endete in einer ganz vorzüglich einstudirten Gavotte der „vier Jahreszeiten", deren erste gemessen, doch nicht steif, die zweite, temperamtvollen Rhythmen die Zuschauer mit gespannter Aufmerksamkeit folgten. Den effektvollen Schluß des Ganzen bildete eine vom elektrischen Licht beleuchtete Gruppe, welche die von der Allmutter Sonne bethrahlte Erde darstellte, und in welcher sich die gesammten Länder zu einem ungemein farbenprächtigen, elektrisch beleuchteten, effektvollen Bilde vereinigten. Bei dem an die Vorführungen sich anschließenden festmahl brachte Generalmajor Spitz das Hoch auf den obersten Kriegsherrn aus, dann begrüßte Major Harder, dem als Vorsitzenden des Komités in erster Linie das Zustandekommen und der glänzende Verlauf des Festes zu danken ist, in gewohnt geistvoller Weise die Gäste, in deren Namen Generallieutenant v. Oldecqwski dankte. Nachdem dann noch Generalmajor Spitz dem Komités und den darstellenden Künstlern den Dank der Erschienenen in launigen Worten ausgesprochen, trat der Tanz in seine Rechte, der bis zum frühen Morgen währte.

* Bei der Wohlthätigkeits-Vorstellung, die am Sonntag Abend im Neuen Theater von Dilettanten veranstaltet worden war, und die durch den Besuch

anwalt Träger Generalvollmacht zur Verwaltung seines Vermögens. Johannes war sehr freigebig, er schenkte u. A. einer Verwandten ein Grundstück, einer Nichte 300 ℳ und ließ u. A. auch durch Träger an einen gewissen Müller 400 ℳ auszahlen, welche — wie später festgestellt wurde — an den Wärter des Johannes im Zuchthause zu Halle gelangt sind. Rechtsanwt. Träger hat es deshalb auch durchaus nicht auf, daß er einen mit Signatur des Zuchthauses in Halle versehenen Brief erhielt, in welchem ihm Johannes mittheilte, daß er bettlägerig krank sei und deshalb den Brief durch einen Andern schreiben lasse. In dem Briefe wurden unschuldig verschiedene Anfragen Träger's in Bezug auf das Johannes'sche Vermögen erledigt, und dann die Anweisung ertheilt, 3000 ℳ an einen Verwandten Namens Emil Johannes, Blumenstraße 67 a wohnhaft, auszuzahlen. Unter dieser Adresse wurde dann auch Herr Emil Johannes aufgefordert, im Bureau des Rechtsanwalts Träger zu erscheinen. Dies geschah denn auch; der angebliche Emil Johannes war mit allen Verhältnissen des Strafgefangenen Johannes wohlvertraut und quittirte dankend über den Empfang der 3000 ℳ. Nach Halle machte Herr Träger die vorschriftsmäßige Anzeige von der Auszahlung des Geldes, und die Sache kam ans Licht. Im August 92 traf ein zweiter mit der Zuchthausignatur versehener Brief aus Halle ein, in welchem Johannes mittheilen ließ, daß er noch immer bettlägerig und unfähig zum Schreiben sei. Er avisirte dann nochmals den Rechtsanwalt Träger bei Besuch des Emil Johannes, der sich etabliren wolle und ihn deshalb nochmals um ein Geschenk von 3000 ℳ gebeten habe. Er habe dem braven Menschen aber noch eine besondere Freude bereitet und bitte, ihm 4000 ℳ auszuzahlen. Auch dies geschah. Bald darauf erhielt Herr Träger einen anonymen Brief, welcher wohl die Bestimmung hatte, behaftet mit einer falschen Spur zu laufen. Der Brief rührte von einer Frauensperson her, welche sich darüber beklagte, daß sie erkannt habe, in der Person des Emil Johannes einen Schwindler in die Hände gefallen zu sein. Derselbe habe ihr versprochen, sie zu heirathen, sei nun aber, nachdem er die 7000 ℳ bei Träger erhoben, nach Amerika durchgebrannt. Herr Träger schickte darauf selbstständig, ohne Vermittlung des Bureaus, einen Brief an den Strafgefangenen Johannes nach Halle a. S. und dritte dieser mit, daß er seine Liebesgaben doch nicht an Unwürdige verschwenden möge, da der brave Emil Johannes sich nun als ganz unsicherer Kantonist entpuppt habe. Nun kam es zum Klappen. Der Strafgefangene Johannes schrieb an Herrn Träger, daß er gar keinen Verwandten Namens Emil in Berlin besitze, niemals demselben 7000 ℳ zugewendet, auch niemals von Herrn Träger eine Anzeige darüber erhalten habe, hier also ein ganz toller Kopp verbündeter Betrüger vorliegen müsse. Der Verdacht lenkte sich zunächst nach Halle hin, und es wurde ein Kriminalkommissarius dorthin gesandt. Es konnte festgestellt werden, daß der Strafgefangene Johannes einen sehr intimen Berather an seinem Wärter Lipendorf gefunden hatte, der seine Verhältnisse kannte und wohl auch Durchstecherei für ihn gemacht haben mag, denn die oben erwähnten 400 ℳ sind auf Umwegen an ihn gelangt. Lipendorf ist dann auch wegen Bestechung bestraft und entlassen worden. Eine Ehefrau dieses Beamten an dem Betruge hat sich aber nicht feststellen lassen, ebenso hat sich nicht ergeben, ob und welche Wechselbeziehungen zwischen Halle und Berlin bei der Durchführung des Gaunerstreiches obgewaltet haben. Dagegen hat der Zuchthausdirektor zu Halle Mittheilung davon gemacht, daß einmal einem unbekannten Manne in Berlin Briefbogen mit der Zuchthausvignette zugeschickt seien, der um solche als Muster zur Anfertigung ähnlicher Bogen für das Moabiter Gefängniß gebeten habe. Alle Nachforschungen nach den Betrügern blieben erfolglos. Es wurde nur ermittelt, daß in der Blumenstr. 67a. ein Mann, der sich Emil Johannes nannte und angab, bisher in der Blumenstraße gewohnt zu haben, auf wenige Tage ein Zimmer gemietet, dort einen Brief aus dem Bureau des R.-A. Träger in Empfang genommen hatte und im Uebrigen gar nicht eingezogen war. Die Verhaftung der beiden Angeklagten brachte nun auf einmal volles Licht in diese dunkle Angelegenheit. Der Bureauvorsteher des Herrn Träger kannte den alten Lefkowsky mit todesähnlicher Bestimmtheit als den angeblichen Emil Johannes wieder, obwohl ein Dienstbeschließer, welcher Tag für Tag Herrn Träger fährt und in dessen Bureau ein- und ausgeht. Er war zugegen, als der angebliche Johannes eines Tages das Geld erhob, und als er später einmal den jungen Lefkowsky auf dem Bureau nach Hause rief, hat dieser auf der Straße einen Mann einsteigen lassen, den er als seinen Vater bezeichnete, und der mit dem angeblichen Johannes identisch war. Nach den angestellten Ermittelungen kann kein Zweifel darüber herrschen, daß der junge Lefkowsky, der die betr. Briefe an den Strafgefangenen Johannes zu munbiren hatte, seine Kenntniß von den Dingen in der geschilderten Weise angewandt, und die für Johannes bestimmten Benachrichtigungen gar nicht abgeschickt hat. Bei der Hausluchung wurde bei Max Lefkowsky u. A. auch ein aus einem Album herausgerissenes Widmungsblatt gefunden, welches von der Hand des Herrn Träger geschriebene Verse enthielt. Wie dies Blatt in die Hände des Angeklagten gekommen, ist unaufgeklärt. Es wird angenommen, daß er danach die Handschrift des Herrn Träger auf der bei Braun u. Co. präsentirten Visitenkarte so täuschend ähnlich nachgeahmt hat. Belastend für ihn ist ferner der Umstand, daß er genau so, wie der Mann, der das Zimmer in der Blumenstraße gemietet hatte, zu Jener sich im Grünen Wegweiser. Es wurden außerdem bei Lilienthal gedruckte Formulare eines anderen Rechtsanwalts gefunden, bei welchem er früher einmal beschäftigt gewesen war. Wahrscheinlich wollte er diese bei passender Gelegenheit zu ähnlichen Betrügereien benutzen. N.-A. Träger ist wegen Erstattung der 7000 ℳ von dem Strafgefangenen Johannes verklagt worden. Letzterer ist mit seiner Klage abgewiesen worden, weil das Gericht der Ansicht war, daß Herrn Träger kein Verschulden treffe, dieser vielmehr nach den gesammten obwaltenden Umständen die Gelder ohne Bedenken auszahlen durfte. Der Prozeß schwebt jetzt in zweiter Instanz. Die beiden Angeklagten leugneten, mit den Betrügereien gegen R.-A. Träger das Geringste zu thun gehabt zu haben, doch vermochten sie gegen die nicht schwankende und nicht wankende Kekognition des alten Lefkowsky durch die beiden oben genannten Personen nichts auszurichten. Dem Angekl. Max L. sei nur Widerstand und Körperverletzung in einem Falle zur Last, der seine Gemeingefährlichkeit recht deutlich zeigte. Er war von dem Untersuchungsrichter b. Makowski vernommen worden und sollte durch den Gerichtsdiener Tibel in seine Zelle zurückgeführt werden. Er heuchelte Krämpfe im Fuß und humpelte neben dem Beamten einher. Plötzlich erhielt dieser eine Handvoll Schmutztabak in die Augen geworfen, so daß er vorübergehend geblendet war und vor Schmerzen laut aufschrie. Er hörte noch, wie der Gefangene die Pantoffel fortwarf und die Treppen hinunterstrang. Der Aufseher des Gerichtshauses hatte ebenfalls Ähnliches von Personen alarmirt, die dem Flüchtling nachsetzten. Dieser hatte sich in seinen Erwartungen getäuscht. Er war auf Strümpfen den Korridor entlang gelaufen, fand aber die sonst geöffnete Pforte nach der Rathauswerstraße gerade an jenem Tage verschlossen und konnte daher leicht wieder ergriffen werden. In Erinnerung an dieses Vorkommniß wurde der Angeklagte gestern gefesselt in den Gerichtssaal gebracht. Staatsanw. Kanzen hielt beide Angeklagte für so gefährliche Menschen, daß er keinen einzigen mildernden Gesichtspunkt herauszufinden vermochte. Der Gerichtshof verurtheilte Max L. zu 7 Jahren Zuchthaus, Wolff S. zu 4 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust auf gleiche Dauer.

Handel und Industrie.

• Portugiesische Eisenbahn. Ein portugiesischer Vertreter der von der Regierung neu eingesetzten Verwaltung der portugiesischen Eisenbahn und Herr Andreä von der Darmstädter Bank als Vertreter der deutschen Bondsbesitzer sind nach der „Frkf. Ztg." von Lissabon nach Paris behufs Verhandlungen gereist. Zunächst soll zwischen dem Pariser, Lyoner und deutschen Komité eine Verständigung über gemeinsam zu verlangende Aenderungen am Convenio herbeigeführt werden, worauf sich die portugiesische Regierung schlüssig machen will.

• Vom Berliner Pfandbrief-Institut sind bis zum 28. Februar d. J. 18 243 900 ℳ 4½proz., 21 459 300 ℳ 4proz., 45 647 700 ℳ 4½proz. und 9 702 900 ℳ 5proz., zusammen 95 053 800 ℳ Pfandbriefe ausgegeben worden, wovon noch 16 207 500 ℳ 4½proz., 14 100 100 ℳ 4proz., 13 824 300 ℳ 4½proz. und 2 367 000 ℳ 5proz., zusammen 45 541 200 ℳ Pfandbriefe von den Grundbesitzern zu verzinsen sind. Zugeschickt, aber noch nicht abgehoben sind 183 600 ℳ Angemeldet ist ein Grundbesitz mit einem Feuerversicherungswerthe von 67 100 ℳ.

• Diskontogesellschaft. In der gestern abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung, in welcher 378 Stimmen vertreten waren, wurden die Berichte des Aufsichtsraths und der Direktion bezüglich des verflossenen Geschäftsjahres vorgelegt, auf die Berlesung derselben aber Verzicht geleistet. Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung wurde einstimmig genehmigt und der Verwaltung Entlastung ertheilt. Die aus dem Aufsichtsrathe ausscheidenden Mitglieder, Herren Freiherr C. von Eckardstein, A. Woermann, Geh. Regierungsrath H. Lent wurden einstimmig wiedergewählt. Die Dividende soll vom 6. März ab zur Auszahlung gelangen.

• Pommersche Hypotheken-Aktienbank. Wie aus dem Inseratentheile in der vorliegenden Nummer ersichtlich, werden die am 1. April cr. fälligen Pfandbriefcoupons bereits vom 15. März cr. ab eingelöst.

• Braunschweigische Kreditanstalt. Nach dem Geschäftsbericht für 1893 beträgt der Gewinn 459 145 ℳ, der wie folgt vertheilt wird: Rücklage 1 22 957 ℳ, Aufsichtsrath und Vorstand 20 805 ℳ, Beamte 2600 ℳ, 6 pCt. Dividende 405 000 ℳ, Rücklage 11 3781 ℳ.

• Dresdener Bankverein Dresden. Der Abschluß pro 1893 ergiebt ein Gewinnresultat von 522 088 ℳ und hat der Aufsichtsrath beschlossen, der am 5. April cr. stattfindenden Generalversammlung eine Dividende von 5 pCt. nach reichlichen Abschreibungen vorzuschlagen.

• Bank von England. In die Bank flossen 194 000 Lstr.

---

gemacht. Die Diebe gelangen mittels Nachschlüssel oder Dietriche in die Wohnungen, welche sie von den Insassen verlassen wissen. Sie suchen hauptsächlich nach Geld- oder Werthsachen oder leicht zu verwerthenden Gegenständen, verschmähen dagegen Kleider, Wäschestücke u. dergl. Am Sonntagabend wurden zwei Einbruchsdiebstähle in der Sperenstraße begangen.

* (Polizeibericht.) Am 3. d. M. Nachmittags stürzte ein Maler, welcher in dem Hause Hasenheide 54 auf ungefährliche Weise den Fahrstuhl zur Gereichung seiner im 4. Stock befindlichen Arbeitsleiter benutzt hatte, aus dieser Leiter dicht den Fahrstuhlschacht in den Keller hinab und starb auf der Stelle. — Abends feuerte ein Schlosser aus seiner in der Prinzenstr. 38 belegenen Wohnung in einem Streit von Gesellsteiung 4 Schüsse aus einem Revolver auf die Straße hinaus, glücklicher Weise ohne Jemanden zu verletzen. — In der Nacht zum 4. vergiftete sich ein Kaufmann in der Wilhelmstraße. — Am 4. Vormittags wurde in der Hasenhaide hinter den Schießständen ein etwa 75 Jahre alter Mann erhängt vorgefunden. — In der Nacht zum 5. entstand vor dem Hause Tieckstraße 20 eine Schlägerei zwischen Studenten, wobei eine Droschke arg beschädigt wurde, so daß seine Ueberführung nach der Charité erforderlich wurde. — Im Laufe des 3. und 4. fanden sechs Brände statt.

Theater und Kunst.

(Theater-Repertoire vom heutigen Tage.) Opernhaus: Faliffaff. Königliche Brautwerbung. Schauspielhaus: Wasantasena. Friedrich-Wilhelmstadt: Brautjagd. Residenz: Der Maskenball. Vermischte Anzeigen. Wallner: Mauerblümchen. Deutsches: Der Herr Senator. Berliner: Aus einem Recht. Lessing: Madame Sans-Gêne. Neues: A Basso Porto. Victoria: Der Südsteern. Adolf Ernst: Charley's Tante. Die Bajazzi. Central: Ein gesunder Junge. Unter den Linden: Der Oberkellner.

* Im Königlichen Opernhause findet heute die Erstaufführung von Verdi's „Falstaff", nach Shakespeare von Arrigo Boito, deutsch von Max Kalbeck, statt. Kapellmeister Dr. Muck dirigirt das Werk, welches er bereits im Mai v. J. für das Gastspiel der Mailänder Scala (erste italienische Aufführung im Königlichen Opernhause am 1. Juni d. J.) mit der Königlichen Kapelle einstudirt hat. Die Besetzung der Aufführung ist nachstehende: Falstaff Herr Bez, Ford Herr Fränkel, Fenton Herr Sommer, Dr. Cajus Herr Philipp, Bardolph, Pistol Herren Liebau, Modlinger, Alice Frau. Leisinger, Meg Frau. Dietrich, Quickly Frau Göze, Meg Fräul. Rothauser. Die Inszenirung vom Ober-Regisseur Lefaist, dekorative Einrichtungen vom Ober-Inspektor Brandt. Neue Dekorationen von Hofmann, Schinkel-Dormaler. Dazu: — Die Oper „Hänsel und Gretel" von Engelbert Humperdink ist für das Königliche Opernhaus zur Aufführung angenommen worden.

* Im Königlichen Schauspielhause geht Dienstag das altindische Märchendrama „Vasantasena" in Szene.

* Herr Emil Claar hat am Sonnabend im Lessing-Theater eine Aufführung des Lustspiels „Madame Sans-Gêne" beigewohnt und das Werk sofort für das Stadttheater in Frankfurt a. M. erworben, wo es im Herbst zur Aufführung gelangen wird.

* Im Neuen Theater gelangt am Donnerstag eine französische Novität, das Schauspiel „Marguerite Bernard" von Frédéric Carmon, zur ersten Aufführung.

* Zwischen dem Direktor des Friedrich-Wilhelmstädtischen Theaters, Herrn Fritsche, und den Eigenthümern des Wallner Theaters wurde eine Vereinbarung getroffen, laut welcher Direktor Fritsche mit seinem Ensemble im Wallner Theater gastiren wird. Die erste Gastvorstellung ist für Sonntag den 18. d. M. festgesetzt. Das Gastspiel dürfte bis 1. Mai fortgesetzt werden. Die Vorstellungen im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater werden dadurch in keiner Weise unterbrochen.

* Dem Residenz-Theater brachte der „Maskenball" auch am Sonntage ein ausverkauftes Haus. — Das in der Wohlthätigkeits-Vorstellung am Sonntag mit so großem Beifall aufgenommene Stückchen „Heimlichkeiten" von Paul Wolff ist von Direktor Lautenburg für das Residenz-Theater erworben, und dürfte im Verein mit dem „Maskenball" bereits in der nächsten Woche auf der Bühne erscheinen.

* Die neue Berliner Posse von Jean Kren, die heute unter dem Titel „Ein gesunder Junge" im Central-Theater zum ersten Male in Szene geht, enthält Hauptrollen für die Damen Josephine Dora, Pallas, Bella, Walter Trost, Buchwald, Felsen und Rocka und Kallweit, und hat größere Aufgaben für die Herren Wortisch, Helmerding, Müller, Bollmann, Walden, Alfred und Gem. Schmafow, Laurence und Wallentin.

* Der Direktion der Theaters Unter den Linden ist es gelungen, Fräulein Betty Stojan eine junge Soubrette von großer Begabung, für Berlin zu gewinnen.

Musikalisches. * Im heutigen Symphoniekonzert wird das Philharmonische Orchester die Dramatische Symphonie von Rubinstein wiederholen. Herr v. Bonge spielt das Cellokonzert in A-moll von St. Saëns.

* Für eine der ärmsten Gemeinden der Hauptstadt, nämlich für die 42 000 Seelen umfassende Simeonsgemeinde, wird am Donnerstag, den 8. März, Abends 7½ Uhr, in der Nikolaikirche ein Kirchenkonzert gegeben werden. Der Ertrag desselben soll der kirchlichen Armenpflege dieser Gemeinde die Mittel zur Darreichung von Brot und Kohlenmarken an die Armen bieten helfen. Mitwirkende wird es wiederum vom Oratorienverein unter Leitung des Herrn G. Mengewein, der königliche Musikdirektor Diener (Orgel), der Gesangslehrer Meike (Baß) und der Kammersvirtuos Felix Meier (Violine) geben neben dem Oratorienverein die Bürgschaft für einen wirklich künstlerischen Genuß. An Stelle von Frl. Klara Schacht wird Frl. Lydia Müller treten. Einlaßkarten sind zu haben bei Bote u. Bock, Leipzigerstr. 37, beim Küster Schnürpel, Brandenburgstr. 56, beim Küster Bode, Probststr. 14—16 und am Konzertabend nur in der Sakristei.

Kunst-Nachrichten. * Am Sonntag ist hier der Bildhauer Prof. Heinrich Pfeffmeister nach langen Leiden im 42. Lebensjahre gestorben.

Handelsregister des Königlichen Amtsgerichts I zu Berlin.

Drenstein u. Koppel: Die Zweigniederl. in Bromberg und in Stuttgart sind aufgehoben. — Richard Weber u. Co.: Die Ges. ist aufgelöst. Richard Weber setzt das Geschäft fort. — Kommanditgef. Ueberall u. Co.: Die Firma ist erloschen. — Siegfried Wiesenthal: Die Ges. ist aufgelöst. Siegfried Wiesenthal setzt das Geschäft fort. — Ascher u. Michaelis: Ges.: Isidor Ascher und Albert Michaelis. — Lewy, Wagner u. Co.: Persönlich haftende Ges.: Max Lewy und Bernhard Julius Theodor Wagner. Zur Vertretung ist nur Lewy berechtigt. — Louis Reiche: Das Geschäft ist auf Hans Victor Reiche übergegangen. — Heinrich Stenger u. Co.: Max Gutmann ist als Ges. eingetreten. — G. Fürstenberg: Inh. Georg Fürstenberg. — Robert Fürstenberg: Inh. Robert Fürstenberg. — Gelöscht: Eduard Freitag u. Co. M. E. Schleicher. Max Lewy, Hugo Michaelis u. Sohn; Prokura des Arthur Michaelis für Alfred Knaul u. Co. — Nordstern Lebens-Versicherungs-Aktiengef. zu Berlin: Anstalt Hermann Richter ist Dr. jur. Richard Wandt zu Friedenau Stellvertreter des Generaldirektors geworden. Ditto von Königklow zu Friedenau ist Stellvertreter des Kontrolleurs. — Eingetragen: Sonderoop u. Co., Wasserversorgungs-Ges. mit beschränkter Haftung.

Konkurse.

Auswärtige: Zaudtke, C. W. F. Stollberg, Annaberg; Zimmermann, Jakob Sautter, Großnigerbheim; Klempner A. C. Schurich, Markersdorf; Bäcker Karl Max Drechsler, Neukirchen; Fabrikt. C. A. Wascher, Gersenskag; Bäcker Heinr. Schäfer, Neustadt-Eberswalde; Joh. Heinr. Joh. Riese, Lengenfeld u. St.; Wwe. Joh. Fr. D. Doelle, Juwelier H. L. H. Holzmann, Hamburg; Jul. Stern, Heilbronn; Holzhändler Nikolaus Gehrlein, Maximiliansbaus, Gem. Pforz; Matthäus Schneiders u. Frau, Kempen; Brauereibes. Wh. A. Frühauf, Gaarden, Kreis Kriel; Fkm. Andr. Heinr. Aug. Witt, Kiel; Korbmacher Heinr. Stamm, Landshut; Bäcker G. Chrumann, Kirchberg a. J.; Nachl. des Kfm. Franz Theod. Fritz, Leipzig; Nachl. des Rittergutsbes. Ad. v. Kozarowski, Dembno; Zigarrenhändler Georg Dörr, Mainz; Musikalienhändler Wh. Hadenteufel, Mannheim; Kleinhändler Heinr. Greiffenhagen, Kfm. R. H. Bischoff, Dietlingen; Kfm. Herm. Tettenborn, Quedlinburg; Miehhändler Berthold Baumgart, Sarne; Frau Josefine Fabian, Straßburg; Kfm. Karl Tietz, Stralsberg; Schuster Heinr. Brockhaus, Witten; Nachl. des Kfm. Gust. Hagelberg, Berlin.

Marktberichte.

Königsberg, 3. März. Weizen behauptet, loco inländ. 127—130 ℳ bes. — Roggen unverändert, loco inländ. vom Boden 104—105 ℳ bes. — Gerste unverändert, loco große inländische 114 ℳ bes. — Hafer inländischer unverändert, russischer mehr beachtet, loco inländ. abfallend 100, blau 104, 115, fein 132—135 ℳ bes. — Erbsen unverändert, loco weiße 125 ℳ bes. — Bohnen ohne Umsatz. — Wicken inländische flau, russische niedriger, loco inländ. 130—157, mittelgroße 185 ℳ bes. — Leinsaat mehr beachtet. — Weizenkleie niedriger. — Kleiesaat loco rothe 92 ℳ bes. — Spiritus loco kontingentirt 49,75 ℳ Gb., nicht kontingentirt 30,00 ℳ Gb.

Danzig 3. März. Weizen. Inländischer und transit ruhig, unverändert. Bezahlt wurde für inländ. 124—133 ℳ. Termine: April-Mai 135½ ℳ bes., Mai-Juni 137 ℳ bes., Juni-Juli 139 ℳ bes., September-Oktober 142½, 143 ℳ bes. Regulirungspreis 131 ℳ. — Roggen. Inländischer unverändert, transit unverändert. Bezahlt ist inländ. 107, 106 ℳ. Termine: April-Mai 110 ℳ bes., Mai-Juni 111½ ℳ bes., Juni-Juli 113 ℳ bes., September-Oktober 118 ℳ Br., 117½ ℳ Gb. Regulirungspreis 106 ℳ. — Gerste und Hafer ohne Handel. — Kleesaaten weiß 72—82 ℳ, roth 52—58 ℳ, Thymothee 26 ℳ bes. — Weizenkleie zum Seeexport mittel 3,20—3,22½ ℳ, feine 3,05—3,10 ℳ geh. — Roggenkleie zum Seeexport 3,40—3,62½ ℳ, beliefert 3,25 ℳ bes. — Spiritus kontingentirter loco 49,50 ℳ Gb., nicht kontingentirter loco 30,00 ℳ Gb., kurze Lieferung 30,25 ℳ Gb., März-April 30,50 ℳ Gb.

Posen, 5. März. Spiritus loco ohne Faß (oder) 47,60 bo. loco ohne Faß 26,20. — Kündigung: — Liter. Tendenz: still. — Wetter: Regen.

Stettin, 5. März. Getreidemarkt. Weizen unverändert, loco 133—137 per April-Mai 138,00, per Juli 141,50. — Roggen unverändert, loco 113—117, per April-Mai 120,50, per Juni-Juli 122,50. Pommerscher Hafer loco 135—144 — Rüböl matt, per April-Mai 44,00, per September-Oktober 44,20 — Spiritus matt, loco mit 70 ℳ Konsumsteuer 29,5 — per April-Mai 30,00, per August-September 31,80. — Petroleum loco 8.80

Breslau, 5. März. Getreidemarkt. Spiritus per 100 Liter 100 Kilo. ohne Faß ℳ Verbrauchsabgaben per März 48,10, bo. bo. 70 ℳ Verbrauchsabgaben per März 28,50, bo. bo. per April —/—, bo. bo. per Mai —/—. — Roggen per März 117,50, per Frühjahr 122,00, per Mai Rüböl per März 46,50 per April-Mai 47,00. — Zink: umsatzlos. — Wetter: Unfreundlich.

Köln, 5. März, Nachmittags 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen alter hiesiger loco 15,50, bo. neuer hiesiger 14,50, fremder loco 16,25. — Roggen hiesiger loco 12,50, fremder loco 15,00. — Hafer alter hiesiger loco —/—, bo. neuer hiesiger 16,00, fremder 16,50. — Rüböl loco 49,00, per Mai 47,50 Br. — Veränderlich.

Wasserstands-Berichte.

Saale b. Calbe, 5. März. O.-P. + 1,76, U.-P. + 1,62
Elbe bei Aussig, 5. März . . . . . + 1,15
bei Dresden, 5. März . . . . . + 0,12
bei Magdeburg, 5. März . . . . . + 2,40
Rhein bei Mannheim, 3. März . . . . + 3,26
bei Köln, 3. März . . . . . + 3,36
Main bei Frankfurt, 3. März . . . . . + 2,26

Während des Drucks eingetroffene Depeschen.

Hamburg, Montag 5. März. Die „Hamburger Nachrichten" schreiben: In der zu Königsberg i. Pr. erscheinenden „Ostpreußischen Zeitung" wird gemeldet, daß Graf Dönhoff-Friedrichstein am 2. d. M. in einer dortigen Wählerversammlung erklärt hat, Fürst Bismarck habe jüngst zu einem seiner nächsten Bekannten geäußert: „Ja, ich muß doch fürchten, daß aus der Ablehnung des Handelsvertrags ein Krieg folgen wird." Die „Hamburger Nachrichten" sind von dem Fürsten Bismarck ermächtigt, diese Mittheilung für eine Unwahrheit zu erklären, oder deren Urheber der Fürst durch direkte Schritte beim Grafen Dönhoff Auskunft erbeten hat.

Bückeburg, Montag 5. März. Prinzessin Ida zu Schaumburg-Lippe ist heute im nahezu vollendeten 50. Jahre an den Folgen eines Influenzaanfalls verstorben.

Karlsruhe, Montag 5. März. Der Großherzog hütet wegen eines Bronchialkatarrhs seit Sonnabend das Bett.

Wien, Montag 5. März. Die österreichisch-ungarische Bank hat heute früh aus Pest hierher zurückgekehrt. — Wie die „Politische Korrespondenz" feststellt, wurde in dem gestern in Pest abgehaltenen gemeinsamen Ministerrathe eine vollständige Einigung erzielt, auf Grund deren nunmehr die Antwort Oesterreich-Ungarns an das russische Kabinet abgehen soll; es sei volle Hoffnung auf den Abschluß des Handelsvertrages binnen kurzer Zeit vorhanden. Sollte die Zeit bis zum 20. März, an welchem Tage der beusch-russische Handelsvertrag in Kraft tritt, aus technischen Gründen zum vollen Perfektwerden des Vertrages nicht hinreichen, so würden Mittel und Wege gefunden werden, um eine Störung der Handelsbeziehungen durch differentielle Behandlung zu verhüten. Nach Meldungen verschiedener Blätter, welche indessen der Bestätigung bedürfen, würden im letzteren Falle die Regierungen die Ermächtigung der Parlamente einholen behufs provisorischer Regelung der handelspolitischen Verhältnisse zu Rußland auf der Basis der Meistbegünstigung bis zum Jahreschlusse.

Wien, Montag 5. März. Die österreichische Regierung genehmigte die Kotirung der Aktien der Betriebsgesellschaft der orientalischen Eisenbahnen. Die Kotirung erfolgt von übermorgen ab.

Pest, Montag 5. März. Abgeordnetenhaus. In Beantwortung einer Rede des Abgeordneten Beöthy (Nationalpartei), welcher die gestrige Kundgebung zu Gunsten der Jüdischen ein Werk der Regierung nannte, erklärte Justizminister v. Szilagyi unter stürmischem Beifalle, an eine so imposante, würdige, aus der Ueberzeugung der Gesellschaft hervorgegangene Kundgebung reiche keine Verdächtigung heran, eine solche Manifestation könne die Regierung nie inspiriren.

Prag, Montag 5. März. Die Polizei verhaftete den Handschuhmacher Olandt aus Christiania, weil er durch Rufe: „Es lebe die Anarchie!" einen Aufruf verursachte.

Paris, Montag 5. März. Deputirtenkammer. Turrel interpellirt über die Krise in der Landwirthschaft und sagt, die Weinbauern könnten ihren Wein nicht mehr verkaufen. Die Weinausfuhr nach Schweden, Deutschland, Oesterreich, England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika sei zurückgegangen. Im Gegensatz zu anderen Regierungen thue die französische Regierung nichts, um die Ausfuhr heimathlicher Weine zu fördern. Brousse fordert eine energische Unterdrückung der Fälschung und Mischung von Weinen, sowie der Herstellung von Kunstweinen. Jmuel bemängelt die Sätze des Zolltarifs, welche die Fabrikation von industriellem Alkohol begünstigen, der zur Herstellung von Kunstweinen verwendet werde. Morgen Fortsetzung.

In Folge des Unwohlseins des Finanzministers Burdeau wird das Budget vor Beginn der Osterferien nicht an die Kammer gelangen.

London, Montag 5. März. Wie das „Reuter'sche Bureau" meldet, stößt die Umgestaltung des Kabinets plötzlich auf Schwierigkeiten, weil Majoribanks, der im Kabinet einen Posten erhalten sollte, durch den unerwartet eingetretenen Tod seines Vaters des Lord Tweedmouth, Peer geworden ist. Da es nothwendig ist, daß jedes ministerielle Departement sowohl im Oberhause als im Unterhause vertreten ist, so erheischt die ursprünglich in Aussicht genommene Vertheilung der Ministerposten eine Abänderung.

Rom, Montag 5. März. Die Deputirtenkammer genehmigte in geheimer Abstimmung mit 195 gegen 40 Stimmen das am 15. November v. J. in Paris unterzeichnete Projekt eines Uebereinkommens der der lateinischen Münzunion angehörigen Staaten betreffs der italienischen Scheidemünzen. Finanzminister Sonnino erklärte, er habe, obgleich er von der lateinischen Münzunion wenig begeistert sei, gegenwärtigen Verhältnissen nicht die Absicht, dieselbe zu kündigen oder deren Auflösung herbeizuführen.

Rom, Montag 5. März. Der „Tribuna" zufolge trat heute die Finanzkommission zusammen und wählte Bachelli zum Präsidenten. Die Mehrheit der Kommission wolle höchstens soviel Steuern bewilligen, als zur Deckung des Defizits, ohne Eisenbahnbauten nöthig sei. Finanzminister Sonnino wäre geneigt, jeden Steuervorschlag der Kommission, der irgend annehmbar sei, zu accepiren, sei aber auch fest entschlossen, jede Verringerung der veranschlagten Summen abzulehnen.

Turin, Montag 5. März. Das Befinden Kossuth's hat sich heute Abend bedeutend gebessert.

Montevideo, Montag 5. März. Nach Nachrichten aus Rio dringen Aufständische siegreich durch den Staat Sao Paulo vor. Vizepräsident Peixoto hat dieser Tage über ganz Brasilien das Standrecht verhängt.

Versicherungs-Gesellschaften.

Notirungen vom 5. März.

Nach.Mnch. ℳ	—	—	Wilhelma	—	7388 ℳ
Nach.Rückv. ℳ	110	—	Magdeb. ℳ	150	3515 ℳ
Berl.A.m.Wasr	120	—	Magdeb. ℳ	43	550 ℳ
bo.Feuerv. ℳ	130	3050 ℳ	Thür. Feuer	40	419 ℳ
bo.Anl.-A. ℳ	0	0424 ℳ	Allg.Verm.	45	770 ℳ
bo.Lebensv. ℳ	—	—	Riebeck'l. Mtl.	—	—
Allm. Deutsch.	40	410 ℳ	Nordstern. Leb	105	700 ℳ
bo. Allg. Berl.	68	610 ℳ	Preuß. Berl.	57	—
Colon. Feuerv.	360	7710 ℳ	Preuß Lebensv	40	726 ℳ
Concord. Leben	45	—	bo. Spit. Berl.	27	740 ℳ
bo. Rückv. Berl.	100	1690 ℳ	Prov. Hannov.	80	—
bo. Lloyd Berl.	200	3000 ℳ	Rh.-Westf. Stm.	—	—
bo. Phönix	110	—	Sächs. Rückv.	—	320 ℳ
bo. Transp.-V.	64	1200 ℳ	Schles. Feuerv.	75	800 ℳ
Deut. Allg. Tr.	300	3300 ℳ	Schles. Feuerv.	75	—
Düsseld. Ges.	355	3250 ℳ	Thuring. V. ℳ	160	2270 ℳ
Elbert. Feuerv.	340	4750 ℳ	Transatl. Güt.	40	1300 ℳ
Frtsm. Allg. V.	120	1160 ℳ	Union. Hagelv.	63	530 ℳ
German. Leben	45	1065 ℳ	Victoria. Berl.	168	3000 ℳ
Gladb. Feuerv.	100	—	Westd. Bl.-V.	94	930 ℳ
Hans. Feuerv.	720	—			

Frankfurt a. M., 5. März, Abends Effekten-Sozietät. (Schluß.) Oesterreichische Kreditaktien 301¼, Franzosen 273¾, Lombarden 90¾, ungarische Goldrente 96,90, Gotthardbahn 158,10, Diskonto-Kommandit 199,30, Dresdner Bank 140,10, Berliner Handelsgesellschaft 136,30, Bochumer Gußstahl 135,20, Dortmunder Union St.-Pr. 63,20, Gelsenkirchen 147,00, Harpener 136,60, Hibernia 118,40, Laurahütte 127,10, 3proz. Portugiesen 22,40, Italien. Mittelmeerbahn 77,90, Schweizer Zentralbahn 118,90, Schweizer Nordostbahn 109,50, Schweizer Union 76,90, Italienische Meridionaux 105,10, Schweizer Simplonbahn 80,40, Mexikaner 57,90, Italiener 73,90, Gotthardbahn 163. Fest.

Hamburg, 5. März. (Abendbörse.) Kreditaktien 301,75, Franzosen —, Lombarden 217,00, Diskonto-Kommandit 199,25, Russische-Noten 220,50, Packetfahrt —. Still.

London, 5. März. Afrikanische Werthe. (Schlußkurse.) Debeers 15¼, Chartered 30/3, Gold-u. Suburban 12⅝, Crown Reef 9½, Ferreira 7½, Geldenhuis Estate 4⅝, Heriot 3⅞, Jumpers 4, Langlaagte Estate 3¼, Meyer u. Charlton 5⅝, Rietfontein 1½, Robinson 5⅝, Simmer u. Jack 4⅝, Princess Estate 19.

(Fortsetzung des redaktionellen Theils Seite 5.)

Inserate.

Für eine **arme** und **kinderreiche** Familie, deren Ernährer **brotlos** und **krank** ist, bitte ich um Jesu willen barmherzige Menschen um Gaben der Liebe.

Fürsten-Ellguth bei Lampersdorf, Kr. Oels (Schlesien), den 2. März 1894.

3194 **Röhricht**, Pastor.

Philharmonie. 3211

Sinfonie-Concert

des Philharmonischen Orchesters.

Dirigent: **Prof. Kaumstadt.**

Dram. Sinf. Nr. IV. Rubinstein. Sol. Rouge. (Cel.)

Anf. **7** Uhr. Entrée **75** ₰ Abonn. Dtz. **6** ℳ.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

In der Kaufmann **Gustav Römahn**'schen Konkurssache wird nach rechtskräftig bestätigtem Zwangsvergleich zur Abnahme der Schlußrechnung und Erhebung von Einwendungen dagegen und gegen die Honorarliquidation des Ausschußmitgliedes Buttermilch Termin auf

den 29. März 1894, Vormittags 11 Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle Zimmer Nr. 11 anberaumt, wozu alle Betheiligten hierdurch vorgeladen werden. Die Schlußrechnung nebst Belägen ist in unserer Gerichtsschreiberei Zimmer Nr. 10 einsehen.

Kulm, den 1. März 1894. 3189

Königliches Amtsgericht.

Stellen-Gesuche.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt eine tüchtige Cassirerin mit guter Handschrift. 3187

Niederlage

der Wessel'schen Porzellan-Manufactur Bonn.

Zum 1. April wird eine perfecte Köchin mit guten Zeugnissen Mittthätiger. 3c gesucht. Persönliche Meldungen 10—12 Uhr. 3193

Tüchtiges bestempfohlenes Mädchen für Alles, das gut kocht, findet bei kinderloser Herrschaft gute dauernde Stelle Königgräger Straße 45 I. links. 3198

Offene Stellen.

Gärtner! verheirathet, mit kl. Familie, wünscht zum 1. April 94 Stellung bei einer Herrschaft auf einer Villa in d. Umgegend v. Berlin od. Potsdam, würde auch Portierstelle mit übernehmen. Offerten erbitte an Fr. **Mantel**, Schmargendorf, Breite Straße 11. 3199

Ein junger Mann, unverh., der 4 J. bei der Feldartillerie gedient hat, 2 J. als Unteroffz., sucht Stell. sof. od. zum 15. d. M. als Reitbursche, Kutscher od. and. Besch. Zu erfr. Lübbenerstr. 7, v. 1 Tr. bei **Wagner.** 3195

Ein jung. Mädchen, 18 Jahre, mit bescheid. freidl. Charakter, aus achtbar. Fam., sucht Stellg. bei Kindern. Dasselbe besitzt gute Schulbildung u. könnte auch Klavier-Unterricht ertheilen. Gef. Adressen erbeten Charlottenburg, Bismarckstr. 19 bei **Zrnsch.** 3201

Krankenpflegerin w. Stellung als **Wirthschafterin** b. Arzt oder ält. Herrn oder Dame. **Nietze**, Charlottenburg, Schlüterstr. 7, Hof part. 3208

Suche f. meine Tochter z. April mögl. famil Stellg. als besseres Hausmädchen in fein. christl. Hause oder zur Pflege e. ältern einz. Dame. Näh. Dieffenbachstr. 54, Hof 4 Tr. links. 3205

Kochunterricht.

Am 1. April beginnt für Damen ein neuer Cursus der Kochkunst. Das Nähere bei 3210

L. Kurth, Lehrer der Kochkunst, Dorotheenstr. 91 III.

Berliner

Militair-Pädagogium

Tempelhofer Ufer 8.

Seit 22 Jahren unter Leitung des **Dr. Jobst.** Vorbereitung für das Fähnrichs- und Freiw.-Examen. Vorzügliche Erfolge. — Beste Pension. 3192

Rom

Pension

Tellenbach

Piazza di Spagna. 1898

Gegründet 1863. Moderner Comfort. Lift. Rauch- und Lesezimmer.

Begünstigungen für die Besucher des Aerzte-Congresses.

Zur Mitverziehung mit meiner 12jährigen Tochter wünsche ich ein gleichaltriges Mädchen aus besseren Kreisen vom **1. April cr.** in **Pension** zu nehmen, vielleicht ein körperlich zurückgebliebenes Kind, für welches Landaufenthalt erwünscht. Lage gesund in unmittelbarer Nähe des Waldes, Unterricht im Hause durch Erzieherin.

Off. sub **U. 5854** befördert die **Annoncen-Expedition von Haasenstein & Vogler A.-G., Königsberg i./Pr.** 3191

Möbel-Fabrik. Aug. Wilhelm Gluthmann, Polster-Möbel.

Lager u. grösste **Auswahl.** — Berlin W., **Markgrafenstr. 49.** — In allen **Styl- u. Holzarten**

fertige und liefere compl. Ausstattungen von 1500—20 000 Mk. Zur gef. Besichtigung stets ausgestellt: 2476

Für 2500 Mark. 4 compl. moderne Zimmereinrichtungen. Für 2500 Mark.

Für die Solidität meiner Fabrikate bürgt das langjährige Renommée der Firma.

Nach auswärts liefere franco.

Gegen Einsendung von 40 Pfennigen in Briefmarken 3209 versendet die Expedition der **Wochen-Berichte** für Kunst, Kunsthandel und Kunstgewerbe, Berlin W., Behrenstr. 29 (Amsler u. Ruthardt) ihre letzte Nummer, die **Blumen-No.** mit einem **Besuch bei den Blumen-Malerinnen Clara Lobedan und Catharina Klein.**

Unter dem Protectorat Ihrer Königl. Hoheit der Frau Erbprinzessin von Meiningen u. Prinzessin v. Preussen.

Meininger Kinderheilstätten-Lotterie.

Ziehung bereits übermorgen, Donnerstag bis Sonnabend.

Haupttreffer: Werth Mark 50,000, 10,000, 5000,

ferner Mark 3000, 2000, 3 à 1000 etc. etc.

Günstige Gewinn-Chancen. 3186

Loose à 1 Mk., 11 Loose 10 Mk., Porto und Liste 20 Pf. extra, empfiehlt **A. Aschenheim, Berlin W., Friedrichstrasse 78, I.**

Der Magistrat der Stadt Berlin

hat die Enteignung meines Geschäftshauses beschlossen.

Bis Ende dieses Monats muss das noch grosse Waarenlager wegen **Totalauflösung** geräumt sein.

Auf vorhandene **Galanterie-, Plüsch-, Bronce- und Leder-Waaren** bewillige ich **Jedermann,** auch bei kleinstem Einkauf **40 %.**

Als **Confirmations-**Geschenke empfehle ich hochfeine **Plüsch-Necessaires, Photographie-Album, Fächer** zu **halben** bisher giltigen Verkaufspreisen.

Eduard Loewenthal, Gertraudtenstr. 11.

Die Ladeneinrichtung u. electrischen Beleuchtungsgegenstände sind zu verkaufen. 3215

Bekanntmachung.

In Folge getroffenen Uebereinkommens werden Weimarische Bank-Aktien inclusive Dividendenschein pro 1893 vom 10. dieses Monats ab an unserer Casse zu 160 pCt. franco Zinsen bezahlt.

Actien, an denen der Dividendenschein pro 1893 fehlt, werden nach Genehmigung der Bilanz seitens der Generalversammlung abzüglich des Dividendebetrages eingelöst. 3212

Berlin, den 3. März 1894.

Filiale der Weimarischen Bank in Liquidation.

Luppa. Brunckow.

Die am 1. April 1894 fälligen Coupons unserer Pfandbriefe werden **bereits vom 15. März cr.** ab an unserer Kasse in Berlin und den bekannten Zahlstellen eingelöst. 3190

Pommersche Hypotheken-Actien-Bank.

M. 300,000 will ein Curatorium à 3½ bis 4% Zs. auf Berliner Grundstücke z. ersten Stelle v. sofort o. später ausleihen u. erbittet Offerten m. genauen Angaben, doch nicht v. Vermittlern, sub **B. S. 193** Postsche Ztg. 2940

Fernrohre

per Stück 3,20 M.

mit 4 feinen Linsen und 3 Auszügen.

Vergrössern 12 mal unter Garantie. Jedes Stück, welches nicht gefällt, nehmen sofort retour.

Preis-Katalog sämmtlicher Fernrohre, Feldstecher, Operngläser, Compasse, Lupen, Microscope, Musikwerke versenden umsonst

Kirberg & Comp.

Gräfrath-Central

3185 b. Solingen.

Seidenstoffe.

Ausverkauf 2988

wegen Auflösung des Fabrik-Lagers bis zu **50 pCt. unter Preis. Braut- u. Gesellschaftsroben** in schwarz, weiß und farbig, reinseid. **Merveilleux** Mtr. 1,75 in schwarz u. reichem Farben-Sortiment. **Damast** 2,50, **Velvet** 0,90, **Peluches** 1,25, **Seidensammet** 1,75 ℳ, ganzseid. **Moiree** Mtr. ℳ 3, **seid. Foulards** Mtr. 1 ℳ im großen Sortiment. Roben knappen Maaßes halb. Preis.

Seidenreste.

Fabrik Lindenstraße 53, I. gegenüber Schützenstr.

---

3 junge **Tafelenten** ℳ 5— fette gegen Nachn. 2947 **E. Degener, Export, Swinemünde.**

---

ff. Bechstein-Stutzflügel z. verk. **Dittrich,** Französ. Str. 9. 3180

Jagd-Verpachtung.

Die Stadt **Parchim** (in Mecklenburg) beabsichtigt, die

gesammte hohe und niedere Jagd

in dem größten Theile der städtischen Forst und des Stadtfeldes mit einem Malbareal von rund 2330 Hektar (= 9300 preuß. Morgen) und einem Feldareal von rund 4666 Hektar (= 18 660 preuß. Morgen), mit zusammen rund 7000 Hektar (= 28 000 preuß. Morgen), welche im Zusammenhang liegen, vom 1. Juli d. J. ab bis zum 30. Juni 1900, also auf 6 Jahre, zu verpachten.

Die Verpachtungsbedingungen sind auf der hiesigen Raths-Registratur einzusehen, auf Wunsch auch gegen Kostenerstattung in Abschrift zu beziehen. Auch sind wir zu gewünschter näherer Auskunft erbötig, und es ist die Besichtigung des Jagdreviers nach vorheriger Meldung gerne gestattet.

Die Stadt Parchim hat Eisenbahnverbindung und ist mit der Bahn von Berlin in 4 Stunden und von Hamburg in 3 Stunden zu erreichen.

Pachtgebote werden versiegelt und mit der Aufschrift „Jagdpacht-Offerte" versehen

bis zum 1. Mai d. J.

erbeten. Dieselben werden am folgenden Tage eröffnet werden.

Denjenigen Bewerber, dessen Offerte angenommen ist, wird binnen einer Woche das Behufige mitgetheilt werden. 2949

Parchim, den 20. Februar 1894.

Der Magistrat.

= Ballhaus. =

Joachimstrasse 20.

Täglich: Grosser Ball à la Moulin Rouge, Paris. 2951

Tanzgesellschaft: **Marmorstein.** Kapellmeister **Gyiczy Laczi und Grossmann.**

Günstige Gelegenheit für Ausstattungen.

Cristall! **Paul Sass,** Glas!

Berlin W., Leipzigerstrasse 95.

Preis-20% ermässigung Ausverkauf 20% Preis-ermässigung

sämmtlicher Cristall- und Glaswaaren zu bedeutend herabgesetzten Preisen. 3213

Gasglühlicht

verbraucht an Gas

bei täglich vierstündiger Brenndauer pro Jahr und Flamme

von ca. 60 Kerzen Leuchtkraft (100 Ltr. Consum) für ca. **Mk. 23,35,**

Gas-Schnittbrenner bei „ 15 „ „ (150 ltr. Consum) „ „ **Mk. 35,05,**

Gas-Rundbrenner „ 20 „ „ (240 Ltr. Consum) „ „ **Mk. 51,40,**

somit tritt bei Gasglühlicht-Benutzung eine

Gas-Ersparniss

gegen Schnittbrenner von Mk. 11,70 pro Jahr,

„ Rundbrenner „ Mk. 28,05 „ „

ein bei drei- bis viermal grösserer Helligkeit.

Kosten-Anschläge und specielle Auskünfte erfolgen auf Wunsch sofort. Für ausgeführte Gasglühlicht-Anlagen übernehmen wir regelmässiges Nachsehen im Abonnement. 2946

Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft.

BERLIN C., Molkenmarkt 5.

Fernsprecher-Amt I. No. 7579.

Vertreter in allen deutschen Städten.

„GERMANIA"

Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft zu Stettin.

Versicherungsbestand Ende Januar 1894: **175 244** Policen mit . . . **483,2 Millionen Mark** Kapital und ℳ **1 677 055** Jahresrente.

Neu geschlossene Kapitalversicherungen im Jahre 1893 über . . . . . **39,8 Millionen Mark.**

Jahreseinnahme an Prämien und Zinsen 1893: . . . . . **25,0 Millionen Mark.**

Ausgezahlte Kapitalien, Renten 2c. seit 1857: . . . . . **135,9 Millionen Mark.**

Vermögensbestand Ende 1892: 144,2 Millionen Mark.

Die mit Gewinnantheil Versicherten, welchen **26 302 512** ℳ seit 1871 als Dividende überwiesen wurden, beziehen den vollen Jahresüberschuß aus ihren eigenen Versicherungen und sind statutenmäßig auch Theilhaber am Reingewinn aus den übrigen Geschäftszweigen. — Bezug der ersten Dividende bei Zahlung der 3. Jahresprämie, der zweiten Dividende bei Zahlung der 4. Jahresprämie u. s. f.

Die nach Plan **B** Versicherten erhalten bisher eine jährlich um je **3%** der vollen Jahresprämie steigende Dividende — im Jahre 1893 bis zu **39%** der vollen Jahresprämie, während denselben 1894 bis zu **42%** der vollen Jahresprämie als Dividende zufließen.

Kautionsdarlehne an Beamte, Uebernahme der Kriegsgefahr und Mitversicherung der bedingungsgemäßen Befreiung von weiterer Prämienzahlung, sowie der Gewährung einer Rente im Falle der Invalidität des Versicherten infolge Körperverletzung oder Erkrankung.

Keine Police-Gebühren und keine Kosten für Arzthonorare.

Prospekte und jede weitere Auskunft durch:

Berlin, im Februar 1894. 3179

Das Bureau der „GERMANIA",

21. Französischestrasse 21.

Abonnements

auf die **amtlichen stenographischen Berichte des Deutschen Reichstages** werden für die gegenwärtige Session bei allen Postanstalten im Deutschen Reiche (s. Post-Zeitungs-Preisliste Nr. 6155) und für **Berlin** in der unterzeichneten Expedition angenommen.

Einzelne Sitzungsberichte können nur von der Expedition bezogen werden.

Die Expedition

der stenographischen Berichte des Deutschen Reichstages.

Berlin SW., Wilhelmstraße 32. 3005

Selbstthätige Reform-Extract-Kaffeemaschine 3097

„Streblow"

(in allen Staaten patentirt)

mit selbsterlöschender Flamme, bereitet ohne jede Explosionsgefahr **aufs Ausgiebigste** den Kaffee. Leichte Reinigung eines jeden Innentheiles. **Kaffee** hält gleichzeitig **bereiteten Kaffee warm.** Dochtlose Lampe — **rußfrei.**

Reichhaltigstes Lager in:

Nickelplattirten u. Rein-Nickel-Kaffee- u. Thee-Services, Theekesseln- Tablettes 2c.

Specialgeschäft für Nickelwaaren.

Thee- und Kaffeemaschinen-Fabrik

82 Carl Streblow, 82

Markgrafenstraße

nahe Kochstraße, gegenüber d. Junkerstraße.

Sect

Cassella & Co.

WIESBADEN.

Special-Marken bester Qualität

Kaiser-Cabinet

feinster deutscher Sect.

Nassovia Sect.

Durch die Weinhandlungen zu beziehen. 3

Hoelcke's 3154

Bade-Einrichtung f. Familien.

Douche-Apparate etc.

Prospekte gratis u. fro.

BERLIN

Bessestr. 5

Möbelplüsch-Reste!

6—21 Meter, **spottbillig.** Proben franco. 2064

Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. **158.**

Kurzathmigkeit. Asthma etc.

befeit. d. Pneumat. Institut u. Anstalt f. chron. Lungenkranke (Tuberculöse ausgeschl.) von Dr. Steinhoff, Berlin W. Maaßenstraße 18. Erste Referenz. Empfohlen v. erst. Autoritäten. 2799

Aut. Massenfänger:

für Ratten à M. 6.—

„ Mäuse à M. 2.—

„ Schwaben à M. 2.—

und Fangend. selbststellender Tauben- u. Sperlingskasten.

Versand d. L. Feith, Dresden, A. 364

Zwei flotte Ponys hat zu verkaufen Becker,

3188 **Strausberg, Ostbahnhof.**

Herrschafts-Verkauf!

5300 Morgen, Westpreußen, davon 2100 M. Rothkleefähiger Acker, 200 Wiesen, 700 Wasser, 2300 Wald, wovon 8—900 M. schlagbar. Gebäude sämmtlich sehr schön mit äußerst vornehmem Wohnhause, durchaus gutes Lebendes und todtes Inventar, gut contingentirte Brennerei, flotte Ziegelei. Geordnete Hypothek, baare Gefälle 8000 ℳ. Der Besitz liegt hoch romantisch, hart an Chaussee mit Eisenbahn verbunden und eignet sich bei nachweisbarer Rentabilität für einen vornehmen Mann. Preis 750 000 Mk. Anzahlung 2—300 000 Mk.

Gefl. Anfragen bitte sich unter **K. L. 497** an **Haasenstein & Vogler A.-G., Berlin W. 9,** zu richten. 3214

In der Lößnitz bei Dresden (täglich einige 40 mal Zugverbindung mit d. Residenz binnen 10 Min.) sind 3 der Neuzeit entsprechende Villen unter Garantie bester Ausführung zu verkaufen. 1890

F. W. Eisold, Baumeister.

Vermiethungen.

Hallesche Str. 20, I. Et., p. April, II. Et., sof. od. spät., verschl. Haus, 6 Z., schönes Badez., Gartenbalkon, gänzlich renovirt. 3199a

---

Rollendorfplatz 7 ist eine hochherrschaftliche Wohnung von 9 Zimmern, 5 Zimmer nach vorn, 2 Balkons, zu verm. Näh. daselbst. 3202

Mathieustr. 10, Ecke Alexandrinenstraße, 2 Tr., 4 gr. Zimmer nach vorn, Küche, Kammer, Korridor, Mädchengelaß 2c., zum 1. April zu vermiethen. 3206

Schöneberger Straße 19, a. Anhalter Bahn, Wohnung von 6 Zimmern für 1200 ℳ sofort zu vermiethen. 3196

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 32. Redakteur: Pinkert in Berlin. Verantwortlich für Deutsches Reich: Z. Sieffert; für Ausland: Karl Trott; Lokales, Mannigfaltiges und Vermischtes: C. Jahnel; Handel und Industrie, sowie für die Sonntags-Beilage: F. Hauke; für den Inseratentheil: A. Voigt; sämmtlich in Berlin.

Reichstags-Verhandlungen.

63. Sitzung vom 5. März 1894, 2 Uhr.

Die Berathung des Militäretats wird fortgesetzt und die Debatte über das Kapitel „Militär-Justizwesen" wieder aufgenommen.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff: Meine Herren, ich habe nach der persönlichen Bemerkung des Herrn Abg. Lenzmann am Sonnabend nicht wieder das Wort erbeten, um nicht die Diskussion von Neuem zu eröffnen. Ich hatte den Eindruck, daß das hohe Haus befriedigt war, und ich war es auch. Ich benutze diese Gelegenheit, die erste, die sich mir bietet, um dem Herrn Abg. Lenzmann es auszudrücken, daß ich nicht im Entferntesten die Absicht hatte, ihn irgendwie zu kränken. Ich thue das um so lieber, als er mir selbst in liebenswürdigster Weise gesagt hatte, daß auch seinerseits nicht im Entferntesten daran gedacht war, mir irgend etwas Böses sagen zu wollen. Ich bemerke nur beiläufig: Die Tonart in Moll ist mir lieber als die in Dur, weil ich in ersterer immer den Eindruck habe, mich leichter mit Jemand in ernsten Dingen verständigen zu können. Ich habe das namentlich in der Kommission erfahren, da ist es mir allerdings auch passirt, daß ich erfahren mußte, daß man selbst mit den heftesten Mißstimmungen einem Fraktionsbeschluß gegenüber machtlos ist. Das sicht mich aber nicht an. Ich komme nun zunächst zurück auf den Rest der Rede des Herrn Abg. Bebel und ich muß da noch einmal hervorgehen auf den Fall Kirchhoff, den ich eingehend bereits beleuchtet habe. Zunächst, meine Herren, ist am Sonnabend unmittelbar nach der Sitzung hier im Hause die Frage aufgeworfen: Wie ist es denn überhaupt möglich gewesen, daß eine solche Notiz, wie sie im „Berliner Tageblatt" stand, überhaupt darin erscheinen konnte? Die Antwort ist sehr einfach zu geben: Ein erbärmlicher Mensch, der sich auch unter Verhältnissen hatte die Schulden kommen lassen, erfand die Geschichte und verbreitete sie in seinen Kreisen. Da kam sie auch an das „Berliner Tageblatt". Hinterher hat der Mann vor Gericht einfach eingestanden, daß er die ganze Geschichte erfunden, daß sie erlogen und erstunken war. (Hört, hört!) Das ist doch empörend, meine Herren, und da werden Sie sich doch nicht darüber wundern, wenn ich einmal erregt bin. Wenn der Herr Abg. Bebel i. B. sagt, ich lasse es dahingestellt, ob es wahr oder nicht wahr ist — der Herr Abg. Bebel hat es nicht gewußt, und nun er es weiß, wird er es auch wohl nicht mehr sagen. Aber ich sage nur, wenn ich einmal erregt bin, können sich die Herren nicht darüber wundern. Der Herr Abgeordnete hat es dann abfällig kritisirt, daß von Allerhöchster Stelle dem General Kirchhoff mildernde Umstände zugebilligt sind. Meine Herren, das Recht der Begnadigung und der Verleihung von Dekorationen ist ein souveränes Recht Se. Majestät des Königs von Preußen, über das hier im hohen Hause keine Kontrolle geübt werden darf. Wenn es trotzdem geschieht, wenn unter dem Schutz der Redefreiheit darüber gesprochen wird, meine Herren, dann protestire ich dagegen, als gegen einen Eingriff in die Rechte der Krone Preußens. (Bravo! rechts.) Meine Herren, man braucht sich sehr oft auf die öffentliche Meinung; ich berufe mich auf das öffentliche Gewissen. Ich behaupte, daß in diesem Prozeß, wenn er vor einem Geschworenengerichte verhandelt wäre, der Herr General Kirchhoff freigesprochen worden wäre. (Sehr richtig! rechts), und ganz sicher, wenn er die Freude gehabt hätte, vertheidigt zu werden, z. B. von dem Herrn Abg. Träger oder dem Herrn Abg. Munckel, — wäre er zweifellos freigesprochen worden. (Heiterkeit rechts, Unruhe links.) Meine Herren, wir durften das gar nicht. Er ist nach Gesetz und Recht verurtheilt, und darum bitte ich Sie, meine Herren, schließen Sie nicht zu viel auf unser allerdings reformbedürftiges Verfahren. Vor allen Dingen bitte ich Sie, meine Herren von der sozialdemokratischen Seite, lassen Sie nicht das Recht der Krone an Gnade zu üben; Sie können gar nicht wissen, meine Herren, ob Sie es nicht selbst dermaleinst dankbar empfinden werden, wenn dann das Recht der Krone, Gnade zu üben, noch besteht. (Lebhafte Bewegung. Bravo! rechts.) Der Herr Abg. Bebel hat nachher in seiner Rede zurückgekommen auf die Militärstrafprozeßordnung. Er hat gesagt — das war ungefähr der Sinn seiner Worte — der gute Eindruck, den ich bisher auf ihn gemacht hätte, wäre durch meine Aeußerungen über den Gegenstand erschüttert. Nun, meine Herren, ich muß Trost in der Erkenntniß suchen, daß einige von den Herren wieder mit meinem Aeußern zufrieden gewesen sind. (Bravo! rechts.) Es Allen recht zu machen, das betrachte ich auch nicht als meine Aufgabe; der Eine oder Andere wird doch nicht zufrieden sein. Dann hat der Herr Abg. Bebel sich auch verbreitet über das Beschwerderecht; da vermahne ich mich vorweg dagegen, daß, wenn das Beschwerderecht gehindert werden sollte, und etwa gar in nächster Zeit, es dann nicht geschieht auf Anregung des Herrn Abgeordneten Bebel. Derselbe nimmt einen Standpunkt ein, auf den ich mich nicht stellen, selbst nicht einmal vorübergehend stellen kann. Er nimmt an, daß die Soldaten, welche Zeugen einer Mißhandlung gewesen seien, vor Gericht die Wahrheit verschweigen und die Unwahrheit sagen werden aus Furcht, nachher es eingestehen zu müssen. Meine Herren, dann müßten sie einen Meineid leisten; der Herr Abgeordnete Bebel, sage ich, kennt unsere Einrichtungen wieder nicht und auch nicht die Ehrliebe unserer Soldaten. Ich habe die Frage, wie Jemand, wenn er sich mißhandelt fühlt, sich zu verhalten hat, hat der Herr Abg. Bebel auch unrichtige Angaben oder wenigstens Angaben gemacht, bei denen er sich irrt. Es steht dem Mann frei, sich zu beschweren; er kann die Beschwerde auch zur Geltung bringen. Aber das ist doch ein sehr großer Unterschied, wenn Sie sagen, der Mann wird bestraft, sowie er sich beschwert, und er wird bestraft, wenn er sich nicht beschwert. Ja, Herr Bebel, Sie haben es so ausgedrückt, Sie haben gesagt, wenn er sich nicht beschwert wegen erlittener Mißhandlungen, so wird er bestraft, und er wird auch im anderen Fall bestraft, wenn er sich beschwert; denn bei den erlittenen Mißhandlungen, meint er, passirt es jedes Mal, daß die Sache so und so hingestellt wird, die Zeugen lügen falsch aus; schließlich ist der Kläger derjenige, der verurtheilt wird, weil er die Unwahrheit gesagt hat. Ich will auf die Sache jetzt nicht weiter eingehen; ich komme vielleicht darauf noch einmal zurück. Der Herr Abgeordnete hat sodann die Frage der Mißhandlungen besprochen und eine ganze Reihe Fälle angeführt. Die Mißhandlungen werden nicht regelmäßig im Kriegsministerium erledigt, sondern bei den Kommandobehörden und den ordentlichen Gerichten; der Herr Abgeordnete kann nicht von mir verlangen, daß ich mir bereits sämmtliche Akten kommen lassen, außerdem sie darauf hin zu studiren, in wie weit die Angaben, die er hier gemacht hat, richtig, übertrieben oder entstellt sind; natürlich nicht vom Hrn. Abg. Bebel, sondern von denen, die ihn mit den Notizen versehen haben. Ja, meine Herren, ich kann mir von der Erörterung solcher Spezialfälle hier überhaupt keinen Nutzen versprechen. (Sehr richtig! rechts.) Ich will das auch gleich an einem Beispiel erläutern. Nehmen Sie z. B. den Fall Krn. Der Abg. Bebel hat selbst am Sonnabend in sehr dankenswerther Weise erklärt, daß er sich geirrt hat. Ich finde aber doch, daß diese Erklärung etwas spät abgegeben ist. (Sehr richtig! rechts.) Der Hauptmann Frey war durch die Darlegung des Herrn Abg. Bebel doch sehr schwer angegriffen. Nun bin ich ganz fest davon überzeugt, daß im gewöhnlichen Leben der Abgeordnete Bebel, der für Oeffentlichkeit ein so lebhaftes Verständniß hat, Jedem, dem er unabsichtlich weh gethan hat, sofort um Verzeihung bitten würde. Ich habe nicht erfahren, daß er dies dem Herrn Hauptmann Frey gegenüber gethan hätte. Der Herr Abgeordnete Bebel hat nachher hier erklärt, daß er sich bei der ganzen Sache um ein Mißverständniß handelt. Er hat gesagt, er sei mystifizirt. „Mystifizirt" finde ich eigentlich sehr zart ausgedrückt; denn, wenn Jemand eine Mittheilung bekommt, wie sie Hr. Abg. Bebel von einem Schreiber erhielt, wenn Jemand darin nicht bloß die Unwahrheit schreibt, sondern einen ehrenwerthen Offizier auf das Wüstenwerste verleumdet, dann, glaube ich, könnte man sich auch anders ausdrücken und auf gut deutsch sagen: „gröblich belogen"; aber ich will zugeben, man kann auch sagen „mystifizirt". Nun habe ich gesagt, daß ich vor mir den stenographischen Bericht und auch die Aufsätze des Herrn Abg. Bebel vor Gericht. Da hat nun der Herr Abg. Bebel hier gesagt: Im Uebrigen muß ich bemerken, daß ich Thatsachen wohl nach den Militärakten sich so darstellen, wie sie der Herr Kriegsminister angab, daß aber nach den Mittheilungen, die darüber in die Oeffentlichkeit durch die Zeitungen gelangt sind, und nach den Nachrichten, die Personen zugegangen sind, die an den Vorgängen direkt betheiligt waren, die Sache sich wesentlich anders darstellt. In der Aufsage, die Herr Abg. Bebel später vor Gericht machte, lauten die Thatsachen etwas anders, kurz, es deckt sich nicht ganz genau, was hier im Reichstag gesprochen wurde und was er später sagte. Ich brauche die Aufsagen wohl nicht vorzulesen; es ist ohne Mißdeutung anzunehmen, daß der Herr Abgeordnete erklärt, er hat ein Mißverständniß gehabt, vorgelesen, und er hat nicht sagen wollen, was er wirklich gesagt hat, und das finde ich in der Hitze der Debatte begreiflich und erklärlich. Ich frage nur: wer hat Interesse daran, diese Verdrehung des ganzen Falles einen Nutzen gehabt? Das hohe Haus hat sich am 10. und 21. März v. J. und am 1. März d. J., sowie am heutigen Tage mit der Sache beschäftigt. Ich hoffe, der Fall ist in der Sache erledigt. Der Hauptmann Frey ist sehr schwer verleumdet und angegriffen worden. Die Mittheilung hat in tausend Blättern gestanden, sie ist von hunderttausenden von Lesern gelesen und weiter verbreitet; ja, und ein großer Theil hat es geglaubt, jedenfalls bis zum Sonnabend, glaubt es aber vielleicht auch heute noch. Angenehm ist das für den Offizier nicht gewesen. Mein Herr Amtsvorgänger, der General v. Kaltenborn, hat es hinnehmen müssen, daß seine amtlichen Angaben angezweifelt wurden. Lieb wird es ihm auch nicht gewesen sein. Der Herr Abg. Bebel hat die ganze Sache zurückgenommen, angenehm wird es ihm ebenfalls nicht gewesen sein, und ich, meine Herren, ich muß die ganze Geschichte hier zu Ende führen. Vergnügen habe ich auch nicht davon. (Heiterkeit. Sehr gut! rechts.) Nun frage ich die Herren ganz höflich: wer hat den Nutzen von der Sache gehabt? Niemand! Das hohe Haus, der Hauptmann Frey, der frühere Kriegsminister? Der Herr Abgeordnete Bebel und ich, wir haben die Geschichte vorlesen müssen. Nun muß ich sagen, bei den Mißhandlungen kann es sich doch wirklich nur darum handeln, zu fragen, wie denkt die Militärverwaltung darüber. Es handelt sich hier um Verbrechen und Vergehen, die auch anderwärts bestraft werden, die man zu vermeiden und abzuwenden sucht. Da kann ich nur sagen, daß die höheren Kommandobehörden und ich persönlich nicht nur, sondern auch alle unsere Offiziere auf dem Standpunkt stehen, daß die Mißhandlungen auf das Allerschärfste zu verurtheilen sind. Denn der Mißhandelte ist immer ein Mebschter, wenn er bestraft deshalb auch die Mißhandlungen strenger, als es in anderen Fällen von den Zivilgerichten geschieht, und wir haben schärfere Strafen noch durch eine ganze Anzahl von Disziplinarmaßregeln, unter denen neuerdings die Beseitigung des Angeschuldigten mit die gebräuchlichste ist. Meine Herren, wenn wir sehr harte Strafe, denn der Betreffende verliert gleichzeitig die partiell bereits erworbenen Ansprüche auf Zivilversorgung. Das ist und aber ganz gleichgültig, wir wollen die Mißhandlungen ausrotten, denn Seine Majestät befiehlt es und da werden wir es auch thun. Es ist richtig, die Zahl der Mißhandelten ist immer noch eine, es ist leider noch zu große, aber ich will doch einige Zahlen anführen, und heute die Herren ersehen werden, daß die Bestrebungen, dem Uebel zu steuern, nicht ganz ohne Erfolg geblieben sind. Wir haben im Jahre 1890 nach Prozenten 1,41, 1891 1,38, 1892 1,28, 1893 1,14. Es ist also ein stetes Fallen doch wahrzunehmen. Nun, meine Herren, aus dieser erfreulichen Thatsache glaube ich doch den Schluß ziehen zu dürfen, daß es uns möglich sein wird, die Zahl weiter herabzudrücken. Daß wir auf Null kommen werden, das kann ich natürlich nicht verbürgen. Ich würde aber die Garantie dafür übernehmen, wenn einer von den Herren mir ein Mittel angeben könnte, wie man den Gefreiten vor der Beförderung zum Unteroffizier daraufhin prüfen könnte, ob er befähigt ist, bei der Verwendung in diesem Verhältniß Mißbrauch von seiner Gewalt zu machen. Meine Herren, wer das Mittel erfinde, werde in kurzer Zeit ein reicher Mann werden; es würde in den ersten drei Tagen vergriffen sein, namentlich unsere Kompagnie-, Schwadrons- und Batteriechefs würden sich darum reißen, denn gerade diese Herren leiden am meisten darunter und empfinden es als Schmerz, daß sie gezwungen sind bei der Wahl einer Person getäuscht haben. Bedenken Sie, meine Herren, daß es sehr viele Menschen giebt, deren angeborene oder anerzogene Roubheit, vielleicht auch Dummheit, nicht hervortreten kann und immer erst zum Ausdruck kommt, wenn ihre Rechte und Freiheiten vermehrt werden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Das müssen Sie bedenken und das werden die Herren selbst schon erfahren haben bei anderen Gelegenheiten. Unterschieds war es mir so, als ob der Herr Abg. Bebel dem Gedanken Ausdruck geben wollte — ich kann mich in der Debatte nicht mehr genau haben, dann bitte ich um Entschuldigung — daß, wenn einmal ein Mann, der den Unteroffizieren vorgesetzt sind, die annehmen, daß die Mißhandlung ein legitimes Ausbildungsmittel sei. Meine Herren, das würde gegen die gesunde Logik, gegen den Menschenverstand verstoßen. Wir verfolgen bei der Ausbildung nicht nur das Ziel, den Mann technisch zum guten Schützen, zum guten Reiter auszubilden, sondern auch zum ehrlichenden braven Soldaten zu machen, und wenn er diese ganze Schule, die er hier vortrug. Von den Erscheinen der Broschüre an habe ich noch keinen Menschen gefunden, der nicht gerade das Gegentheil von dem gesagt hätte, was der Herr Abgeordnete Bebel sagt. Er ist da, glaube ich, in einem Irrthum. Er sagt: Euer Angaben sind falsch, total falsch; er sagt, wir hätten in den Angaben eigentlich eine wissentliche Täuschung publizirt. Ja, das finde ich nicht schön. (Heiterkeit.) Die Selbstmorde in der Armee werden ganz anders untersucht als die in der bürgerlichen Bevölkerung; jeder Selbstmord wird gerichtlich genau untersucht auf die Motive, die dem Selbstmord zu Grunde gelegen haben; es werden die Zeugen, das heißt die, welche Auskunft geben können über die vermuthlichen Motive, gerichtlich vernommen, und es wird über jeden Fall ein Aktenstück angelegt. Das geht in das Generalauditoriat, welches die Sache eingehend prüft und, wenn noch irgend ein Zweifel ist, neue Erhebungen vornimmt. Nun weiß ich nicht, wie der Herr Abgeordnete Bebel da glaubt, daß wir dabei falsche Meldungen, falsche Zeugenaussagen und dergleichen in die Akten bekämen. Das ist gewiß nicht richtig. Seine Annahme, daß von oben her dahin gewirkt werde, die Motive zu verschleiern, ist unrichtig; ich muß das zurückweisen, es liegt darin ein schwerer Vorwurf gegen die Militärverwaltung. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Lieber (Z.): Namens des Zentrums erkläre ich, daß unter uns Niemand dem Kriegsminister einen Vorwurf aus der warmen und ritterlichen Vertheidigung eines abwesenden und schwer angegriffenen Kameraden macht. Wir würden das Gegentheil bedauern müssen, wenn wir auch mit den Einzelheiten des Vortrags des Ministers nicht überall einverstanden sein können. Wir beklagen mit ihm tief die Möglichkeit einer so ehrenrührigen Beleidigung und Verleumdung durch die Presse, wie sie hier vorliegt. Der Kriegsminister hat Recht, wenn er sagt, es wäre etwas traurig um den Staate, wenn Dinge wie dieser Fall Kirchhoff-Harich vorkommen können. Die erste Ursache liegt in der gewissenlosen Handhabung gewisser Redaktionen. Wir erkennen auch die tieftragische Verwickelung an, die den General zu einem Selbstmordversuch trieb. Auch das Gerichtsverfahren, welches vielleicht in Folge von Ueberbürdung in diesem Falle nicht ganz einwandfrei war, mag an dieser Verwickelung mit Schuld sein; endlich die Art und Weise der vorläufigen Stellungnahme des von dem General betragten Rechtsanwalts. Wenn auch wir wir nicht in der Lage, mit Herrn Bebel von einem Mordanfall zu sprechen. Das war sehr unvorsichtig von Herrn Bebel, der im schlimmsten Falle von einem Todtschlagsversuche hätte sprechen sollen. (Lachen links.) Einigermaßen hat der Kriegsminister ja seine Aeußerungen vom Sonnabend, soweit sie von uns beanstandet worden müssen, selbst schon an Sonnabend und heute abgeschwächt. Ein Recht der Selbsthülfe und der Nothwehr in diesem Falle und überhaupt anzuerkennen, sind wir nicht im Stande; sowohl die christliche, als die menschliche Moral, als das Recht eines geordneten Staates verbieten, unter solchen Umständen zu solcher Selbsthülfe zu greifen. Wir verurtheilen das Vorgehen des Generals und verwahren uns gegen diese Ausführungen des Kriegsministers. Es genügt hoffentlich, diese Verwahrung mit allerer Nachdruck ausgesprochen zu haben von Standpunkt des Christenthums, der Gesittung und des Rechtes.

Abg. Lenzmann (fr. Vpartei): Ich habe am Sonnabend gesagt, ich hätte schon Gerichtsherren gefunden, für die an die Stelle in den Erkenntnissen, wo sie ihren Namen hinsetzen müssen, Kreuze gemacht seien. Das ist bahin mißverstanden worden, daß ich hätte behaupten wollen, es gebe Generale, die ihren Namen nicht schreiben können. Ich brauche das wohl nicht noch besonders zu berichtigen. Daß unsere Militärstrafprozeßordnung sich im Kriege bewährt habe, beweist nichts für ihre Brauchbarkeit im Frieden. Die Gerichtsherren will der Kriegsminister nicht beseitigen. Von den guten Leistungen des Kriegsministers als Gerichtsherren spreche ich nicht, sondern ich verlange, daß das Spenden oder Nichtspenden von Recht von dem Belieben eines Gerichtsherren, eines höheren Offiziers, nicht länger abhängig sein darf. Der Staat muß auch hier der Träger der Rechtspflege werden. Ueber das Beschwerderecht will der Minister mit mir nicht streiten können. Ich brauche das wohl nicht noch besonders zu berichtigen. Daß unsere Militärstrafprozeßordnung sich im Kriege bewährt habe, beweist nichts für ihre Brauchbarkeit im Frieden. Die Gerichtsherren will der Kriegsminister nicht beseitigen. Von den guten Leistungen des Kriegsministers als Gerichtsherren spreche ich nicht, sondern ich verlange, daß das Spenden oder Nichtspenden von Recht von dem Belieben eines Gerichtsherren, eines höheren Offiziers, nicht länger abhängig sein darf. Der Staat muß auch hier der Träger der Rechtspflege werden. Ueber das Beschwerderecht will der Minister mit mir nicht streiten können. Ich brauche das wohl nicht noch besonders zu berichtigen. Daß unsere Militärstrafprozeßordnung sich im Kriege bewährt habe, beweist nichts für ihre Brauchbarkeit im Frieden. Die Gerichtsherren will der Kriegsminister nicht beseitigen. Von den guten Leistungen des Kriegsministers als Gerichtsherren spreche ich nicht, sondern ich verlange, daß das Spenden oder Nichtspenden von Recht von dem Belieben eines Gerichtsherren, eines höheren Offiziers, nicht länger abhängig sein darf. Der Staat muß auch hier der Träger der Rechtspflege werden. Ich bin mißverstanden worden, daß ich hätte behaupten wollen, es gebe Generale, die ihren Namen nicht schreiben

an Rechtens sein soll, daß ein höherer Offizier einen Civilisten mit der Waffe überfallen darf. Auf dem Felde der Mißhandlungen ist es ja in neuerer Zeit etwas besser geworden; von oben herunter wird ja alles Mögliche gethan. Wenn jeder Unteroffizier, der sich derartige Ausschreitungen zu Schulden kommen läßt, zum Gemeinen zweiter Klasse degradirt würde, wenn auch die Offiziere, die es dulden, bestraft würden, so würde sehr bald die Mißhandlung auf ein Minimum reduzirt werden. Dem Kriegsminister bin ich dankbar, daß er eine baldige Reform des Militairstrafprozesses in Aussicht gestellt hat.

Abg. Lieber (Z.): Wir verwerfen das Duell ohne jeden Rücksicht Mitteln und Bürgerlichen absolut. Wenn der Kriegsminister heute erklärt, nicht gemeint zu haben, was man am Sonnabend aus seinen Worten über das Recht der Nothwehr u. s. w. herausführen konnte, so hätte er nicht gleichzeitig sagen sollen, daß ich seinen Ausführungen irgend eine besondere Nuance verliehen hätte.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorf erklärt, nicht im Geringsten dem Abg. Lieber einen Vorwurf haben machen zu wollen.

Abg. Bebel: Herr Schall erklärt, die christliche Theorie verbiete das Duell, in der Praxis aber sei es hier und da noch in Gebrauch. Das Duell ist durch die Gesetzgebung verboten, das weiß Dr. Schall nicht. Christliche Theorie und Gesetzgebung verbieten das Duell; gleichwohl findet sich im Deutschen Reichstage ein christlicher Gesetzlicher, der es rechtfertigt! Gegen die Heiligkeit des Fahneneides habe ich nicht ein Wort erwähnt; Herr Schall hat wieder einmal gegen Windmühlen gefochten. Wenn das Begnadigungsrecht der Krone von mir angegriffen worden ist, so ist es auch von Herrn v. Mantteuffel angegriffen, der die Frage erwähnte. Wir haben gar keine Hejetzung zu der Dame, sondern vielmehr die Herren, welche Herrn v. Mantteuffel — natürlich nicht hier im Hause — nahe stehen. Herr v. Bennigsen hat meine Rede gar nicht gehört, sonst hätte er sich den größten Theil seiner Ausführungen gegen mich erspart. Die öffentliche Meinung ist hauptsächlich durch die Geheimnißkrämerei des Militairprozesses stark aufgeregt worden. In der Kriminalstatistik marschiren bezüglich der Körperverletzungen nicht die industriellen Provinzen, sondern die ackerbautreibenden ostelbischen Provinzen an der Spitze. Und haben denn die Gerichte nicht erst den § 110 des Strafgesetzbuches auslegen müssen, um die Schaf Derer zu bestrafen, die schwer bestraft wurden, weil sie bei Strikes gegen Strikebrecher thätlich geworden sind.

Damit schließt die Debatte.

Die Resolution, betr. die Veröffentlichung einer Statistik über die von den Militairgerichten abgeurtheilten Strafsachen, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Das Kapitel „Militairjustizwesen" wird unverändert bewilligt, bgl. ohne Debatte die Kapitel: „Höhere Truppenbefehlshaber, Gouverneure, Kommandanten und Platzmajore, Adjutantenoffiziere, Generalstab und Landesvermessungswesen, Ingenieure, und Pionierkorps."

Um 4 Uhr wird die Fortsetzung der Berathung auf Dienstag 2 Uhr vertagt. Außerdem zweite Lesung des Gesetzentwurfs, betr. den Schutz der Briefgeheimnisse.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung vom 5. März 1894, 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Berathung des im Abgeordnetenhause eingebrachten Antrages der Abgg. Bachem u. Gen.:

Abg. Bachem (Z.): Das zur Verabschiedung gelangte Wahlgesetz entbehrt auch nicht die Spur einer Reform, einer Verbesserung und durch die Steuerreform eingetretenen Verschiebung des Wahlkreises. Es wäre wohl angebracht, wenn der Minister des Innern ausführen wollte, inwieweit er in dem Gesetze eine Reform erkennt. Es wird schwere Kämpfe kosten, zu einer Reform des Wahlgesetzes zu kommen; aber wir wollen Stimmung machen, wir wollen die Schäden des Systems nachweisen, ohne agitatorisch vorzugehen, bloß durch die Aufrechnung der Thatsachen. Das Wahlgesetz, wie es besteht, hat nur einen provisorischen Charakter; die Verfassung verspricht ein definitives Wahlgesetz, um welches man nicht herumkommen wird, nachdem eine Steuerreform durchgeführt ist, die doch die Gemeinde einer gewissen Dauer in fluß trägt. Die Statistik, soweit man sie jetzt hat aufstellen können, zeigt überall große Verschiebungen; die Wählerzahl in der ersten und zweiten Klasse ist zurückgegangen, die Zahl der Wähler dritter Klasse ist ganz erheblich gestiegen. Redner beruft sich auf seine Beobachtung in den rheinischen Städten, aber auch anderwärts sind aus den Städten dieselben Ergebnisse gemeldet. Es geht sich, daß dieses Verhältniß ein barbaus unhaltbares geworden ist. In Dortmund waren in der ersten Klasse 1891 250, 1893 nur 20 Wähler, in der zweiten Klasse 1440 bezw. 660 Wähler. Aehnliche Nachrichten liegen auch aus anderen Landestheilen vor. Es handelt sich nicht blos um ein Interesse des Zentrums, sondern überhaupt um die Interessen der gebildeten Theile der Nation und des Mittelstandes. (Sehr richtig! links.) Man sagte, bei Annahme unserer Anträge würden Leute in die erste und zweite Klasse kommen, die nicht hineingehören; jetzt sind aber Leute in die dritte Klasse gekommen, die nicht dorthin gehören; es ist ein Unrecht, daß höchsten Bürgern in die dritte Klasse gekommen. Das ist doch nicht mehr richtig, daß in der ersten Klasse nur Kapitalisten herrschen und der große Bild der Staatsmänner und hohen Beamten gar nicht mehr zur Geltung kommt. Beim Dreiklassenwahlsystem soll in der ersten Klasse der Besitz, in der zweiten die Bildung und in der dritten die breiten Massen des Volkes vertreten sein. Jetzt sind aber in den ersten Klassen nur die Geldmächte vertreten. Wir wollen mit der Besserung nicht warten, bis die Mißstände sich alle sehr bemerkbar machen, wir wollen dabei auch nicht allein die Interessen der unteren Volksschichten wahren, sondern namentlich des Mittelstandes. Graf Limburg-Stirum meinte, man müsse mit der Wahlgesetzgebung Schicht machen. Das geht nicht. Wenn die Verhältnisse sich in 20 Jahren wieder so verschieben wie sie sich jetzt verschoben haben, so müssen wir wieder ändern müssen. Ich bitte Sie, diese Fragen nach den Thatsachen zu beurtheilen und nicht in unser Herz zu sehen. Wir wünschen die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf die Landtagswahlen, aber jetzt ist es nicht der Zusammensetzung des Hauses nicht durchführbar, deswegen begnügen wir uns mit der Verbesserung des bestehenden Wahlrechts. Wir haben uns dabei auch nicht die Beschränkung auferlegt, daß wir die Statistik nur für die Städte über 10 000 Einwohner verlangt haben. Die Wirkungen der neuen Steuergesetze sind zum größten Theil schon eingetreten, so daß man sie durch eine Statistik erfassen kann. Man braucht nicht länger zu warten mit der Unterscheidung. Es ist auch keineswegs ein Zeit zu verlieren. Es könnten Zeiten kommen, in denen es nicht mehr möglich ist, ein Dreiklassenwahlgesetz zu machen. (Beifall im Zentrum.)

Ministerpräsident Graf zu Eulenburg: Meine Herren, die Staatsregierung ist bereit, dem Antrag, wie er Ihnen unter Nr. 35 der Druckschen vorliegt, zu entsprechen, soweit dies ohne ganz unverhältnißmäßigen Aufwand von Zeit und Kosten möglich ist. Diese Einschränkung bezieht sich auf die große Ausdehnung auf die Vergangenheit, welche der Herr Antragsteller seinem Antrag zu geben wünscht. Das Material, welches in dieser Beziehung vorliegt, ist ein sehr lückenhaftes; es ist theilweise gar nicht möglich, es zu ergänzen und jedenfalls sehr schwer und mit großem Zeitaufwand verbunden. Ich glaube aber, daß es auch genügen wird, wenn wir die Vergleiche mit der Vergangenheit auf einige zurückliegende Jahre oder Wahlperioden ausdehnen, und in diesem Sinne ihn ich bereit, dem Antrage zu entsprechen. Es hätte auch in dieser Beziehung eines besonderen Antrages gar nicht bedurft, sondern allenfalls nur irgend einer Anregung bei Gelegenheit der Etatsberathung der Landtagssession dem Abgeordnetenhause angeboten haben, werden sich erinnern, daß ich bei der Berathung des Wahlgesetzes vom 29. Juni vorigen Jahres mich mit dem Abg. Parisius gegenüber bereits die Herstellung einer Statistik der Abgeordnetenwahlen zugesagt, und zweitens, was das Uebrige anbetrifft, bei der dritten Berathung mich dahin ausgesprochen habe, daß bei der durch die Wahlgesetznovelle geschaffenen Situation unsere Aufgabe jetzt darin bestehe, die Verhältnisse, wie sie sich darnach gestaltet haben, sorgfältig zu beobachten und zu prüfen und damit die Grundlage zu gewinnen, ob in näherer oder fernerer Zeit die Nothwendigkeit vorliege, weiter die bessernde Hand anzulegen, wo es nothwendig sei. Mit dieser Erklärung steht auch nicht im geringsten im Widerspruch der Ausdruck in der Thronrede, welchen der Herr Abg. Bachem erwähnt hat; es heißt da, „daß das Wahlgesetz vom 29. Juni den Verschiebungen, welche durch die Steuerreform eingetreten seien oder eintreten würden, Rechnung trage." Nun, meine Herren, es war also vollkommen berechtigt, zu sagen, daß die Wahlgesetznovelle der eintretenden Verschiebung Rechnung trage. Eine andere Frage ist die — und der ist durch diesen Ausdruck in keiner Weise präjudizirt — ob das in ganzgemessem Maße geschieht; und ob es geschehen ist, das wird, wie ich damals zugesagt habe und hierauf mit wiederhole, der Gegenstand der eingehenden Prüfung sein, und um die Unterlagen für diese Prüfung zu gewinnen, sind die statistischen Ermittlungen, die der Herr Abg. Dr. Bachem wünscht, nicht etwa in Folge seines Antrages, sondern unmittelbar, nachdem die Kommunalwahlen und die Abgeordnetenwahlen im vorigen Jahre stattgefunden hatten, bereits angeordnet worden. Ich hoffe, daß es nicht langer Zeit bedürfen wird, um die Resultate dem Hause mitzutheilen. Es wird dies jedenfalls geschehen über die bisher ermittelten ersten Ergebnisse der Wahlen zum Abgeordnetenhause in den nächsten Tagen durch die Mittheilung derjenigen Nummer der Statistischen Korrespondenz, in der die ersten Ergebnisse mitgetheilt sind, vorbehaltlich natürlich einer ausführlicheren Berathung, welche später erfolgen wird. Was die Kommunalwahlen anbelangt, so werden die Angaben vollständig mitgetheilt werden können nach einiger Zeit für die Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern, für die anderen kommunalen Gruppen, welche sonst in Betracht kommen nach probeweis ausgewählten Gemeinden, weil die Aufnahme einer Statistik für alle Gemeinden, welche dabei in Betracht kommen, ein sehr weit aussehendes und umfangreiches Werk wäre, welches nur im Fall der dringenden Nothwendigkeit zur Ausführung zu bringen wäre, die möglicherweise eintreten könnte, wenn die gegenwärtig vorliegenden Zahlen nicht die genügende Unterlage geben. Bevor ich nun auf die interessanten politischen Erörterungen des Herrn Antragstellers weiter eingehe, werde ich Ihnen auf Grund des bisher vorliegenden Materials einige thatsächliche Angaben machen, welche vielleicht geeignet sein werden, die Wünsche und Beschwerden, welche vorgetragen sind, doch auf ein erhebliches beschränkteres Maß zurückführen. Das zunächst die Kommunalwahlen anbetrifft, so glaube ich bereits übersehen zu können, daß die Meinung des Herrn Abgeordneten, daß in Folge der durch die Steuerreform eingetretenen Verschiebung eine Abnahme der Wähler der ersten und zweiten Abtheilung eingetreten ist und zwar sowohl in den absoluten, wie in den relativen Zahlen, im Großen und Ganzen zutreffend ist. Ich habe mich auch niemals einer Täuschung darüber hingegeben, daß das in den städtischen Bezirken der Fall sein würde, und darauf beruhte wesentlich der Vorschlag einer Abänderung der Dreitheilung, den ich in der vorigen Session Ihnen unterbreitet habe. Aber, meine Herren, das Maß, in dem das stattgefunden hat, ist doch ein außerordentlich verschiedenes. Es ist zunächst sehr erheblich verschieden in den verschiedenen Gruppen der kommunalen Einheiten, um die es sich handelt. Wir aller Reserve in Beziehung darauf, daß die weiteren Ermittelungen die Resultate etwas modifiziren mögen, und mit nochmaliger Betonung, daß es sich um probeweise Ermittelungen handelt, will ich Ihnen ein paar Zahlen angeben, die in dieser Beziehung in Betracht kommen. Die Anzahl der Wähler der ersten und zweiten Abtheilung ist, soweit sich bis jetzt im Durchschnitt hat ermitteln lassen, herabgesunken in den Städten über 10 000 Einwohner auf 8,40 pCt., in den Landgemeinden mit industriellem Charakter auf 12,66 pCt., in der Gruppe der kleinen Städte auf 17,00 pCt. und in den Landgemeinden auf 33,89 pCt. Sie sehen, meine Herren, das sind ganz außerordentliche Verschiebenheiten sind, die es unendlich schwer machen, eine Formel zu finden, welche für alle diese Verhältnisse paßt. (Sehr richtig! rechts.) Zweitens aber, meine Herren, muß ich darauf aufmerksam, daß feineswegs allgemein die Erscheinung des Herabgehens der Wähler der ersten und zweiten Abtheilung eingetreten ist. Beispielsweise betrugen sich unter den bis jetzt genauer ermittelten 139 Städten mit über 10 000 Einwohnern solche, in denen das Verhältniß der ersten und zweiten Abtheilung günstiger geworden ist, d. h. eine Vermehrung der Wähler in diesen Abtheilungen eingetreten ist, im Vergleich von 1892 und 1893 in Westfalen bis 1893 zu 1892 aber 31. Meine Herren, Sie sehen also, daß in den lokalen Verhältnissen die Wirkungen außerordentlich verschieden sind und daß man sich wohl hüten muß, allgemeine Urtheile nach Maßgabe der gewissen einzelnen Fälle" zu ziehen, von denen der Herr Abg. v. Gneist in so beredter Weise in der vorigen Session gesprochen hat. Aber ein noch ganz anderes Bild bietet sich Ihnen dar, sobald Sie von den Kommunalwahlen zu den Wahlen zum Abgeordnetenhause Ihren Blick lenken. Auch da ist eine Verminderung der Wähler der ersten und zweiten Abteilung in den Städten in einem gewissen Maße eingetreten, aber in sehr viel geringerem Maße als bei den Kommunalwahlen; und eine Fülle häufen sich, wo in dieser Beziehung von 1893 zu 1892 eine Verbesserung eingetreten ist. Es ist nämlich in der ersten Abtheilung der Städte im ganzen — nicht blos in denen von 10 000, sondern in der Gesammtzahl der Städte die Prozentzahl von 3,29 auf 2,72 herunteregegangen, also etwa um ½ pCt.; und in der zweiten Abtheilung von 10,09 auf 9,64. In den Städten über 10 000 Einwohner stellt sich die Sache so, daß in der ersten Abtheilung 2,39, in der zweiten 8,98 der Wähler vorhanden sind; und wenn Sie das mit den vorhin von mir angegebenen Zahlen für die Kommunalwahlen vergleichen, so werden Sie sagen, daß wir hier in dieser Beziehung das Verhältniß besser ist bei den Abgeordnetenwahlen. Meine Herren, nun kommen wir zu dem platten Lande; da sehen Sie die entgegengesetzte Erscheinung. Auf dem platten Lande ist in der ersten Abtheilung die Zahl der Wähler von 5,81 auf 4,03 gesunken, und in der zweiten Abtheilung von 11,26 auf 13,63, also fast um 2½ pCt. Zieht man den Durchschnitt für Stadt und Land im ganzen Staat, so ergiebt sich für die Abgeordnetenwahlen, daß zwar in der ersten Abtheilung im Ganzen eine minimale Verminderung von 1/10 pCt., nämlich von 3,62 auf 3,52 eingetreten ist, dagegen in der zweiten Abtheilung eine Steigerung von 10,82 auf 12,06, und daß insgesammt die Zahl der Wähler in der ersten und zweiten Abtheilung von 14,44 auf 15,58, also um 1,14 pCt. gestiegen ist. Hiermit nähert sich die zweite Abtheilung sehr stark der höchsten Prozentzahl, die sie jemals gehabt hat. Meine Herren, ich habe Ihnen das vorgeführt, um Ihnen zu beweisen, daß die Prüfung, ob und wie zu helfen ist, eine sehr eingehende sein muß, und sich in der That so schwierig, wie der Herr Abgeordnete glaubt, nicht machen läßt. Sie sehen: ich bin bei der Arbeit und werde sie fortsetzen und zu dem Zeitpunkt, wo es möglich sein wird, mit den Ergebnissen und mit den dann daraus zu ziehenden Schlüssen vor Sie treten. Ich muß noch auf einen Gesichtspunkt kommen, den der Herr Abgeordnete zwar gestreift, aber nach meiner Ueberzeugung in keiner Weise gebührend gewürdigt hat, nämlich den Umstand, daß wir einen sehr wesentlichen Theil der Steuerreform noch vor uns haben. (Sehr richtig! rechts.) Es handelt sich nicht blos um die Ergänzungssteuer, welche erst am 1. April nächsten Jahres in Kraft tritt; nein, meine Herren, die ganze Kommunalsteuerreform liegt noch vor uns (sehr richtig!); wir hoffen, daß die Erwartungen, die wir bei derselben gehabt haben, nicht bloß dahin sich erfüllen werden, daß die staatliche Grund- und Gebäudesteuer fortfällt, sondern daß wir auch an ganz wesentliches Moment darin erlangen werden, daß wir ein Herabgehen der Zuschläge zu der staatlichen Einkommensteuer erreichen werden; und daß das ist ein sehr wesentlichen, der bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung der Wählerabtheilungen sein muß, kann, glaube ich, Niemand in Abrede stellen. Darum bin ich auch gänzlich außer Stande, mir ein abschließendes Urtheil zu bilden, geschweige denn eine Aufschrung über eine weitere Abänderung des Wahlgesetzes zu ertheilen, ehe ich dieses Ergebniß vor mir habe. (Sehr richtig! rechts.) Bis dahin muß ich bitten, daß die Herren die Güte haben, sich zu gedulden. Ich bin schon möglich sein wird nach den den ersten Wahlen im Jahre 1895, oder ob wir die zweiten Wahlen im Jahre 1896 abwarten müssen, das zu sagen, bin ich außer Stande; ich kann in dieser Beziehung nur sagen, daß ich nicht mehr wünsche, als so schnell und so bald als möglich zu einem Ergebniß zu gelangen, auf Grund dessen ich meine Beschlüsse fassen und Ihnen mit gutem Gewissen die Vorschläge unterbreiten kann, welche sich als nothwendig zeigen. Ich sollte meinen, daß nach dem diese Erörterungen stattgefunden haben, es nicht weiter nothwendig sei, in der Weise, wie der Herr Abgeordnete sich ausdrückte, Stimmung zu machen, mit anderen Worten, in eine agitatorische Behandlung dieser Angelegenheit einzutreten. Das, meine Herren, ist ohnehin ein bedenkliches Beginnen auf diesem Gebiete des Wahlrechtes, und es ist um so bedenklicher, weil, soweit es bisher in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, allerdings Klagen hervorgetreten sind über die Verminderung der Wähler der ersten und zweiten Abtheilung, aber keine Klagen nach der Richtung, daß dadurch materielle Aenderungen in der Zusammensetzung der kommunalen Korporationen eingetreten seien, und noch viel weniger, daß irgend welche Schädigungen für die Interessen der Kommunen sich gezeigt haben. Also, meine Herren, ich glaube, daß wir hiernach die Sache mit Ruhe behandeln sollten, und ich zweifle nicht, daß wir zu einem befriedigenden Ergebniß gelangen werden. Denn ich glaube allerdings, daß die Nothwendigkeit hervortreten wird, soweit namentlich die Städte in Betracht kommen, eine Modifikation eintreten zu lassen, welche auch ich — nach dem Standpunkt, den ich bereits in der vorigen Session eingenommen habe — zum mindesten für wünschenswerth, wenn nicht für nothwendig erachte. (Bravo rechts.)

Abg. v. Heydebrand (k.) erklärt sich gegen den Antrag und wendet sich namentlich gegen eine Aenderung des Wahlrechts im Sinne des allgemeinen direkten Wahlrechts, wodurch die Grundlage des Staates erschüttert werden würde. Jedenfalls dürfe man nicht überstürzend vorgehen auf dem Wege einer Reform des Wahlrechts.

Abg. Bachem (Z.): Was der Minister an Zahlen vorgetragen hat, treffe wohl nur für den Durchschnitt des Staates zu; aber unter den rheinischen Städten, deren Zahlen ich vor mir habe, giebt es keine einzige Stadt, in welcher 8 pCt. der Wähler in der ersten Klasse vorhanden sind. Mindestens müsse für diese großen Städte, die hier in Betracht kommen, Spezialfürsorge getroffen werden, vielleicht in der Weise, wie es der frühere Minister Herrfurth vorgeschlagen hatte, daß in der ersten Klasse 10 pCt., in der zweiten 20 pCt., in der dritten 70 pCt. der Wähler sind. Die Antwort des Ministers war eine dilatorische, er will die Wirkung der Gemeindesteuerreform abwarten und warnt uns vor Agitationen; die Konservativen aber sollten zufrieden sein, daß gerade das Zentrum diese Agitation in die Hand nimmt und nicht andere Parteien, die nicht so genügsam sind wie wir.

Abg. v. Eynern (ntl.): Der Antrag ist nach der Erklärung des Ministers so bedeutungslos, daß man es eigentlich an den Knöpfen abzählen kann, ob man ihn annehmen oder ablehnen soll. Wir sind dafür, daß statistische Erhebungen veranstaltet werden, aber wenn der Antrag überflüssige Dinge statistisch verlangt, so kommen wir noch zur Ablehnung des Antrages, namentlich da der Einfluß der Steuerreform noch gar nicht überall hervorgetreten ist. Wir müssen jedenfalls bis 1896 warten. Ein besseres Wahlgesetz wollen wir, lokal die Wirkungen der Steuerreform sich gezeigt haben, aber nicht verstärkt, und wir wollen kein Partei-Wahlgesetz; gegenüber der 2000 Mark-Klausel, die das Zentrum früher beantragt hat, werden wir mit den Konservativen verbinden. Wir brauchen für die Aenderung des Wahlrechts keine Stimmung zu machen, und deshalb lehnen wir den Antrag ab. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Porsch (Z.): Der wesentliche Inhalt des Antrags ist eigentlich durch die Erklärung des Ministerpräsidenten erledigt. Da das Wort „baldmöglichst" und die Einschränkung auf die Städte über 10 000 Einwohner Anstoß erregt hat, so will ich auf die Streichung derselben eingehen. Die ganze Wirkung der Steuerreform kann man allerdings erst in ein paar Jahren übersehen; aber man soll doch nicht bestwegen alle Arbeit ruhen lassen, sondern muß unterfuchen, welche Wirkungen jetzt schon bemerkbar sind. Die Klagen kommen nicht allein von den rheinischen Städten, sondern auch aus dem Osten. Ein Parteigesetz wollen wir nicht machen, sondern ein Gesetz, welches nicht Parteien gleichmäßig verletzt. Es geht ein gewaltiger Zug gegen den Besitz durch die Bevölkerung, und die Gesetzgebung muß es verhindern, daß der Besitz durch die falsche Gestaltung des Wahlrechts als noch gewaltiger erscheint, als er ist.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fk.): Der Antrag ist durch die Erklärung des Ministers eigentlich erledigt. Die Zahlen des Herrn Bachem lassen keine Schlußfolgerungen zu, und wenn wir für den Antrag stimmen, so wollen wir uns dadurch nicht für irgend eine Reform des Wahlgesetzes engagiren; wir wollen nur, daß das Dreiklassenwahlgesetz aufrecht erhalten wird unter den nothwendigen Verbesserungen.

Abg. Parisius (fr. Vp.): Die Erklärung des Ministerpräsidenten entspricht vollständig derjenigen, welche er im vorigen Jahre auf meinen Antrag hin abgegeben hat. Ich kann nur wünschen, daß die für die nächsten Tage in Aussicht genommene Veröffentlichung der statistischen Arbeiten durch den Antrag nicht gehindert wird.

Abg. v. Eynern erklärt nach Streichung der Worte „baldmöglichst u. s. w." daß der Antrag so harmlos sei, daß die Nationalliberalen aus Wohlwollen für das Zentrum denselben annehmen würden.

Der Antrag wird darauf einstimmig angenommen.

Darauf wird die zweite Berathung des Staatshaushaltsetats für 1894/95 fortgesetzt, und zwar beim Etat der Staatsschuldenverwaltung.

Finanzminister Miquel: Die Ausgaben von 1 942 500 ℳ zur Verzinsung der im Laufe des Etatsjahres neu aufzunehmenden Anleihebeträge wird wahrscheinlich zum großen Theile erspart werden, da wir nicht die Aufnahme einer Anleihe in diesem Kalenderjahre beabsichtigen. Der Grund liegt darin, daß wir in Folge der Vermehrung der Eisenbahneinnahmen, die um 35 Millionen Mark gestiegen sind (Hört! links), beträchtliche verfügbare Mittel haben. Für die Gebühren für Eintragungen in das Staatsschuldbuch ist eine Mehreinnahme von 13 150 Mark eingetreten, weil die Eintragungen einen erfreulichen Fortgang genommen haben. Es sind am 1. Januar 1894 eingetragen gewesen 14 296 Konten über 848 Millionen Mark gegenüber 12 039 Konten über 687 Millionen Mark, und zwar waren eingetragen: 4294 Konten mit Beträgen bis 4000 Mark, 3055 Konten von 4000 bis 10 000 ℳ, 4514 Konten mit 10 000 bis 50 000 ℳ, 1059 Konten mit 50 000 bis 100 000 ℳ, 944 Konten mit 100 000 bis 500 000 ℳ, 129 Konten mit 500 000 bis 1 000 000 ℳ und 102 Konten über 1 Million Mark. Die Entwickelung des Reichsschuldbuchs ist eine ebenso erfreuliche.

Der Etat der Staatsschuldenverwaltung wird genehmigt, ebenso der Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung, nachdem der Finanzminister Miquel erklärt hatte, daß sich bei den Ueberweisungen aus dem Reiche ein Minus von 3½ Millionen Mark ergeben werde, wovon auf die Staatskasse 1 Million Mark, 24 Millionen auf die Kommunalverbände entfallen.

Beim Etat der Ansiedelungskommission wird auch die Denkschrift über die Thätigkeit derselben besprochen. Dieselbe liegt ein Antrag der Polen (Motty und Genossen) vor: „Die Staatsregierung zu ersuchen, die baldthunlichste Aufhebung des Gesetzes vom 26. April 1886, betreffend die Beförderung deutscher Ansiedelungen in den Provinzen Westpreußen und Posen, durch eine entsprechende Vorlage in die Wege zu leiten."

Abg. Motty empfiehlt den Antrag, weil die Aufrechterhaltung des Gesetzes die Gleichberechtigung der Polen beeinträchtige. Wenn die Polen unterdrückt werden sie gedabelt; wenn sie mit der Regierung gehen, sei es auch nicht recht. Herr Rickert habe erklärt, daß er die Konkurrenz der Polen mit den Deutschen nicht fürchte. Weshalb also die Unterdrückung der Polen? Wozu die Aufrechterhaltung eines gegen die einfache Existenz des Polenthums gerichteten Strafgesetzes, welches gegen die verfassungsrechtliche Gleichheit vor dem Gesetze und auch gegen das eigentliche Jubigemal aller Reichsangehörigen verstoße.

Abg. v. Putttkamer-Plauth (k.): Die Polen stellen sich hier als ruhige Staatsbürger dar, während man draußen im Lande aus Anlaß der hundertjährigen Kościuszcofeier in den Blättern die Wiederherstellung Polens als das unabänderliche Programm bezeichnet. Das Ansiedelungsgesetz thut keinem Polen Gewalt an; es vollzieht sich Alles auf dem Wege der Freiwilligkeit; es handelt sich nicht um einen Kampf gegen das Polenthum, sondern nur um den Schutz des Deutschthums, das bei vielwollen Agitation des Polenthums nicht allein Widerstand leisten kann, zumal das Beispiel von Posen der Fall gewesen ist. Das Gesetz ist ihrem Programm. Der Antrag des Vorredners findet hoffentlich bei der Regierung keine Zustimmung. Zu wünschen ist nur, daß das Ansiedelungsgesetz weniger fiskalisch gehandhabt wird, dann wird man Polen und Deutsche kommen.

Abg. Porsch (Z.): Das Zentrum wird, wie es das Ansiedelungsgesetz von Anfang an bekämpft hat, für die Aufhebung desselben stimmen, da es in demselben keinen Schutz des Deutschthums erblicken vermag. Der Abstimmung der Polen für die Militairvorlage ist den Konservativen doch wohl sehr angenehm gewesen.

Abg. Sattler (ntl.): Die Ansiedelungskommission rettet bankerotte Landwirthe von dem Untergange, verbessert ihren Besitz und fördert die Ansiedelung von kleineren Landwirthen. Begreiflich wäre es, wenn andere Provinzen auch die Einrichtung solcher Kommissionen verlangten; die Klagen der Polen sind unbegründet.

Abg. Partitzer (Frs. Vp.): Wir haben das Gesetz bekämpft (Zuruf bei den Nationalliberalen: Lieber!) und haben uns deshalb gefreut. Wir stimmen, da die Handhabung des Gesetzes keinen Anlaß zum Lobe giebt, für den Antrag der Polen.

Abg. v. Jagdzewski: Die Ungerechtigkeit liegt darin, daß man den Polen nicht gestattet, von den Gütern der Ansiedlungskommission erbliche Stellen zu erwerben. Die Polen können ihre nationalen Ideen nicht aufgeben, sie müssen sich deshalb gegen alle Germanisirungsmaßregeln wehren. Die Kritik über die Kościuszcofeier stimmen auch Gallizier, wir sind dafür nicht verantwortlich. Die Ansiedler, welche nach Posen kommen, das können die Gerichte bezeugen, dienen nicht dazu, bei uns die Kultur zu heben. Wir prüfen die Vorlage der Regierung nach sachlichen Gesichtspunkten, richten aber unsere Taktik so ein, daß sie uns nützt (hört! rechts), ohne der Allgemeinheit zu schaden. Die Regierung sollte das seinen Zweck nicht erreichende Gesetz aufheben.

Abg. v. Puttkamer-Plauth nimmt die Ansiedler gegen die Vorwürfe des Vorredners in Schutz und erklärt sich nochmals gegen den Antrag.

Minister v. Heyden bestreitet, daß das in Frage stehende Gesetz seinen Zweck verfehlt habe, die Regierung könne deshalb auf den Antrag nicht eingehen. Der Minister weist den Vorwurf gegen die Ansiedler zurück; der Regierung sei nichts bekannt, was den Vorwurf des Vorredners rechtfertigen könne. Fiskalisch habe das Gesetz nicht gehandhabt; aber ein angemessener Preis muß erzielt werden.

Der Etat der Ansiedlungskommission wird genehmigt.

Bei der Denkschrift der Ansiedelungskommission bemängelt

Abg. Szmula (Z.), daß die Leute aus Oberschlesien bei der Ansiedelung nicht zugelassen werden, weil sie als Polen angesehen werden, während die Bevölkerung bestreitet, daß sie Polen sind. Katholiken scheine man nicht ansiedeln zu wollen, denn den 1257 Evangelischen stehen nur 130 Katholiken gegenüber. Redner führt einen Spezialfall an, in welchem der Pfarrer der Gemeinde zurückkehrender Deutscher von der Kommission hin- und hergeschickt sei, ohne schließlich zur Ansiedlung zu kommen.

Minister v. Heyden: Der Fall ist mir nicht bekannt. Geheime Anweisungen betreffs der Ansiedelung von Katholiken bestehen nicht. Es werden katholische und evangelische Gemeinden gebildet; gemischte Gemeinden werden vermieden unter Billigung des Hauses.

Bei der Abg. v. Jagdzewski auf die Bedenken aufmerksam gemacht hat, welche die Verlegung evangelischer Pfarreien in bisher katholische mit sich bringe, wird die Denkschrift durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Der Antrag Motty wird gegen die Stimmen der Polen, des Zentrums und der Freisinnigen abgelehnt.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Kultusetat.)

Marktberichte.

Magdeburg, 5. März. Magdeburger Landweizen 142 bis 145 ℳ, Weizenweizen — ℳ, glatter englischer Weizen 134—137 ℳ, Rauhweizen 133—137 ℳ, Roggen 124—126 ℳ, Chevalleigerste 170 bis 192 ℳ, Landgerste 158—176 ℳ, Hafer 148 bis 170 ℳ.

Magdeburg, 5. März. Zuckerbericht. Kornzucker exkl., von 92 pCt. — —, neue 13,65, Kornzucker exkl., 88 pCt. Rendement 12,85, neue 13,05, Nachprodukte exkl., 75 pCt. Rendement 10,45. Ruhig. Brotraffinade I. —,—. Brotraffinade II. —,—.

Gem. Raffinade mit Faß —,—. Gem. Melis I. mit Faß —,—. Geschäftslos. Rohzucker I. Produkt Transitto f. a. B. Hamburg per März 12,80 bez., 12,82½ Br., per April 12,75 bez., 12,77½ Br., per Mai 12,82½ bez. und Br., per Juni 12,85 Gd., 12,90 Br. Still.

Hamburg, 5. März. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 139,00—140. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 126 bis 134, russischer loco ruhig, 84 bis 85. — Gerste ruhig. — Hafer ruhig. — Rüböl (unverzollt) ruhig, loco 44½. Spiritus loco matt, per März-April 20½ Br., per April-Mai 20½ Br., per Mai-Juni 20½ Br., per Juni-Juli 20½ Br. — Kaffee ruhig, Umsatz 1500 Sack. — Petroleum loco still, Standard notirte loco 5,00 Br. — Wetter: Bewölkt.

Bremen, 5. März. (Schlußbericht.) Raffiniertes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Fest. Still. Loco 4,85 Br. — Baumwolle. Ruhiger. Upland middling, loco 39½ ₰. — Wolle. Umsatz: 137 Ballen.

Mannheim, 5. März, Nachmittags 1 Uhr. Produktenmarkt. Weizen per März 14,75 — per Mai 14,70 — per Juli 14,75. — Roggen per März 12,75, per Mai 12,85, per Juli 12,90. — Hafer per März 14,55, per Mai 14,30, per Juli 14,15. — Mais per März 11,05, per Mai 10,80, per Juli 10,70.

Pest, 5. März, Vormitt. 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen ruhig, per Frühjahr 7,19 Gd., 7,20 Br., per Herbst 7,45 Gd., 7,46 Br. — Hafer per Frühjahr 6,69 Gd., 6,71 Br. — Mais per Mai-Juni (189) 4,84 Gd., 4,86 Br. — Kohlrapsl per August-September 12,00—12,05.

Wetter: Regen.

Paris, 5. März. (Schlußbericht.) Rohzucker ruhig, 88 pCt. loco 35,25. — Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per März 37,50, per April 37,62½, per Mai-August 37,75, per Oktober-Januar 35,12½.

Havre, 5. März, Vormitt. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Co.). Kaffee good average Santos per März 101,75, per Mai 99,75, per September 95,25. Behauptet.

Lyon, 2. März. Seide. Geschäfte surrend. Preise gehalten.

Amsterdam, 5. März, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine fest, per März 143, per Mai 146. — Roggen loco geschäftslos, do. auf Termine etwas höher, per März 104, per Mai 106, per Juli 107, per Oktober 111. — Rüböl loco 23½, per Mai 22½, per Herbst 22½.

Antwerpen, 5. März. (Getreidemarkt.) Weizen flau. Roggen ruhig. Hafer weichend. Gerste flau.

London, 5. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Angekommene Weizenladungen und Kornweizen sehr ruhig bei unveränderten Preisen. Mais ca. 1 ₰. niedriger als vorige Woche. Gerste flauer, Hafer fest, russischer ruhiger ¼—½ ₰. höher als vorige Woche. Schwimmendes Getreide sehr ruhig. — Schön.

London, 5. März. Die Getreidezufuhren betrugen in der Woche vom 24. Februar bis 2. März: Engl. Weizen 2343, fremder 44 327, engl. Gerste 1267, fremde 41 085, engl. Malzg